mittelstands magazin

DAS MAGAZIN DER **MIT** FÜR ENTSCHEIDER IN WIRTSCHAFT UND POLITIK

05 2017

OKTOBER 2017
WWW.MIT-BUND.DE
ISSN 1865-8873

INTERVIEW MIT VALERIE HOLSBOER

„Erst die Sprache, dann die Einreise“

STAATSWIRTSCHAFT

Kommunalbetriebe verdrängen Private

FACHKRÄFTEMANGEL

Ruf nach einem Zuwanderungsgesetz

Heizen Sie Ihren Betrieb, nicht das Klima!

Als Unternehmer suchen Sie ständig nach neuen Möglichkeiten, die Effizienz Ihres Betriebes zu steigern. Und das können Sie hervorragend mit einer effizienten Brennwertheizung in Kombination mit einem Blockheizkraftwerk. So sparen Sie Energiekosten und erzeugen nebenbei noch Ihren eigenen Strom. Wie Sie den am besten nutzen? Entdecken Sie unsere vielseitigen Lösungen wie LED-Beleuchtung und Energiemonitoring unter innogy.com/waerme.
Energie wird innogy.

innogy

Es geht nicht um „rechts“, sondern um Recht

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bundestagswahl kam einem Donnerschlag gleich. Die Volksparteien haben massiv an Wählerstimmen verloren. Die Union hat ihr schlechtestes Wahlergebnis seit 1949 eingefahren. Was wir jetzt brauchen, ist eine ehrliche und rasche Analyse. Natürlich gilt Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Aber es darf uns nicht wie nach der Bundestagswahl 2005 passieren, dass wir die Analyse so weit hinausschieben, dass sie im Tagesgeschäft untergeht.

Wir müssen ehrlich sein: Es ist uns nicht gelungen, uns der großen Mehrheit der Wähler als die Partei zu präsentieren, die für Recht und Sicherheit steht – innere wie soziale Sicherheit. Immer mehr Bürger machen sich große Sorgen um den Erhalt der öffentlichen Ordnung und der sozialen Systeme. Viel zu häufig wurden in den vergangenen Jahren Regeln gedehnt und gebrochen: ob für einen stabilen Euro (Maastrichter Vertrag) oder für den Schengen-Raum (Sicherung der Außengrenzen). Die Menschen haben zuweilen das Gefühl, dass jedes Parkvergehen konsequenter verfolgt wird als die Verletzung der EU-Regeln.

Es geht daher auch nicht um einen „Rechtsruck“, sondern schlicht um die Forderung, dass Regeln eingehalten werden. Dafür muss die Union stehen. Ein guter Anfang wäre bereits gemacht, wenn wir, CDU und CSU, uns jetzt für die anstehenden Koalitionsverhandlungen auf eine gemeinsame inhaltliche Verhandlungsposition verständigen, die unter anderem genau diese Rechtsstaatlichkeit abbildet. Die Union darf nicht nur als die moderierende Partei wahrgenommen werden. Sie hat einen klaren Regierungsauftrag und muss diesen selbstbewusst herausstellen. Auch müssen wir klare Punkte, die wir im Koalitionsvertrag verankert sehen wollen, formulieren. Nur drei Beispiele:

Erstens: Der Industriestandort Deutschland darf nicht geschwächt werden. So halten wir beispielsweise an den Klimaschutzzielen fest, wollen diese aber mit marktwirtschaftlichen Instrumenten erreichen.

Zweitens: In Zeiten von niedrigen Zinsen, wachsender Wirtschaft und Reallohnsteigerungen erhöhen sich die Staatseinnahmen automatisch. Deshalb brauchen wir keine Steuererhöhungen. Im Gegenteil: Wir plädieren dafür, dass ein nennenswerter Teil der Mehreinnahmen an diejenigen zurückfließt, die diese erwirtschaftet haben – also vor allem Normalverdiener, Mittelständler und Familien.

Drittens: Wir müssen bei den Investitionen einen Schwerpunkt auf das Thema Breitbandausbau legen. Konkret heißt das: Vorfahrt für Glasfaser und zwar flächendeckend. Dafür brauchen wir mehr Mittel, aber auch langfristige konkrete Planungen und beschleunigte Verfahren.

Wenn wir das berücksichtigen, kann von der Jamaika-Koalition ein Aufbruchsignal ausgehen, und die Union kann viele der verlorenen Wähler zurückgewinnen.

Herzliche Grüße

Carsten Linnemann
MIT-Bundesvorsitzender

Impressum

Herausgeber:
Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT), vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Carsten Linnemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben

Schadowstraße 3, 10117 Berlin
E-Mail: redaktion@mit-bund.de
www.mit-bund.de

Chefredaktion:
Thorsten Alsleben (v.i.S.d.P.)

Chef vom Dienst:
Hubertus Struck

Redaktion:
Katharina-Luise Kittler
Richard Praetorius

Verlag, Anzeigenleitung und Druck:
Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802-213
Telefax: 02226 802-222
E-Mail: verlag@ubgnet.de
www.ubgnet.de
Geschäftsführer: Rudolf Ley
Projektleitung: Andreas Oberholz

Art-Direktion:
UBG Büro Berlin

Titelbild:
gilaxia/iStockphoto

Druckauflage:
36.000 Exemplare
Die Mitgliedschaft in der IVW und die daraus resultierende Auflagenkontrolle wird seit dem 1. Quartal 2017 nahtlos fortgeführt.

Anzeigenverkauf:
Nielsen I, II, V, VI
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 86179
E-Mail: info@getz-medien.de

Nielsen IIIa, IIIb, IV, VII
Braun Medien GmbH
Telefon: 0202 3178693
E-Mail: info@braun-medien-gmbh.de

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung. © Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT). Das Mittelstandsmagazin erscheint sechsmal jährlich. Für Mitglieder der MIT ist der Bezug des Mittelstandsmagazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Dieser Ausgabe sind Werbebeilagen der Walbusch Walter Busch GmbH & Co. KG, der Firma OUTFITTERY GmbH sowie der FORD-Werke GmbH beigefügt. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

MIT:EDITORIAL
Es geht nicht um „rechts“, sondern um Recht 3
von Carsten Linnemann

Von einer möglichen Jamaika-Koalition kann ein Aufbruchsignal ausgehen

MIT:KOLUMNE
Welche Köpfe kommen auf uns zu? 8
von Robin Alexander

Die neuen Spitzenleute der Bundesregierung können die Widersprüche von Jamaika für neue, innovative Lösungen produktiv machen – oder sich blockieren.

MIT:TITEL
Fachkräftemangel in Deutschland
Viel Arbeit, wenig Personal 10
Mit dem Aufschwung kommt die Suche nach dem richtigen Personal. Viele Unternehmen können ihre Stellen nicht besetzen und setzen nun auf Kräfte aus dem Ausland.

Interview mit Valerie Holsboer
„Erst die Sprache, dann die Einreise“ 14
Das Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit über Vollbeschäftigung, Hartz-IV-Sanktionen und die Flüchtlingsintegration.

Kommunalunternehmen
Staat verdrängt Mittelständler 18
Kommunale Betriebe graben der privaten Konkurrenz immer mehr das Wasser ab – und der Bürger zahlt oft drauf. Dagegen macht jetzt der Mittelstand mobil.

MIT:THEMA
Fragen an Thomas Rachel
War Martin Luther ein Marktwirtschaftler? 22
Der Bildungs-Staatssekretär spricht im Interview über das wirtschaftliche Weltbild des Reformators Luther.

MIT:ERKLÄRT
Koalitionsverhandlungen
Wie entsteht eine Regierung? 24
Das Mittelstandsmagazin erklärt, wie die Gespräche zur Koalitionsbildung ablaufen.

MIT:FAKTEN 6, 9
Rente ersetzt Vermögen, die Steuerbelastung steigt und der Bundestag quillt über.

MIT:DEBATTE
Pro & Contra
Soll Steuergeldverschwendung der Steuerhinterziehung gleichgestellt werden? 28
Thomas Schmatz und Anja Karliczek diskutieren

MIT:SERVICE
Autotests
Mercedes Benz Vito Tourer 116 CDI 26

Alfa Romeo Giulia Veloce 2.2 210PS AT 27

Kolumne
Mehr Netto vom Brutto 30

MIT:INSIDE
Neumitglieder 31

Bundesmittelstandstag 2017 32

EU-Check 36

Fotos: yoh4nn/iStockphoto, MIT

Rente ersetzt Vermögen

Von Zeit zu Zeit ertönt in Deutschland der Ruf zur Einführung einer Vermögensteuer, schließlich seien hierzulande die Vermögen äußerst ungleich verteilt. Doch die Daten zur Vermögensverteilung „liefern ein verzerrtes Bild“, sagen Wissenschaftler des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW). So sei allein der Bestand an Versicherungen (etwa private Renten- und Lebensversicherungen) deutlich höher als er von den Befragten angegeben

So viel Prozente des ... besaß das jeweilige Zehntel im Jahr 2012

Negativer Wert: Überschuldung; kapitalisierte Rentenanwartschaften: derzeitiger Barwert der zukünftigen Rentenbezüge, wenn sie als Einmalzahlung statt als monatliche Rente gezahlt werden würden; Vermögenszehntel: nach der Höhe individueller Nettovermögen der Personen ab 17 Jahren ohne Rentenanwartschaften

Ursprungsdaten: Bönke et al. (2016)
© 2017 IW Medien / iwd

Steigende Steuerbelastung

Eine neue Studie des Essener RWI-Instituts für Wirtschaftsforschung zeigt deutlich: Die Belastung mit Steuern und Abgaben hat seit 2010 deutlich zugenommen. Bereits Arbeitnehmerhaushalte mit einem Bruttoeinkommen zwischen 40.000 und 50.000 Euro müssten jährlich rund 48 Prozent ihres Einkommens an den Staat abgeben. Bei höheren Einkommen, so das RWI, steige die Belastungsquote nicht weiter an. Nach Angaben des RWI sind dafür Steuererhöhungen, eingeschränkte Vergünstigungen, neue Steuern (zum Beispiel im Energiebereich) und die kalte Progression verantwortlich. Zum Vergleich: Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag im Jahr 2010 die Gesamtbelastung durch Steuer- und Sozialabgaben bei 37,9 Prozent – 2016 waren es bereits 40 Prozent des BIP.

wird. Auch seien in den Vermögensbefragungen die Rentenansprüche der Arbeitnehmer nicht enthalten. Hierzu hat das iwd eine interessante Rechnung aufgemacht: Bezieht ein Arbeitnehmer später zum Beispiel eine monatliche Rente von 1.000 Euro über einen Zeitraum von 20 Jahren, entspräche dies einem Kapitalwert der Rente von etwa 180.000 Euro – bei einem unterstellten Zinssatz von drei Prozent. In den Vermögensstatistiken taucht diese Vermögensposition jedoch nicht auf.

Vor diesem Hintergrund simulierten Wissenschaftler auf Basis der Vermögensdaten des „Sozio-oekonomischen Panels" 2012 den Einfluss auf die Vermögensverteilung (siehe Grafik): Bisher kommt die vermögensärmere Hälfte der Bundesbürger auf knapp 0,2 Prozent des gesamten Nettovermögens. Mit den Rentenanwartschaften würde sich ihr Anteil auf 16,6 Prozent erhöhen. Die Folgen: Das durchschnittliche Nettovermögen stiege von 85.000 Euro auf 180.000 Euro. Und der Anteil der oberen zehn Prozent am gesamten Nettovermögen würde sich von rund 58 auf gut 37 Prozent reduzieren.

Leserbriefe

Leserbriefe geben nur die Meinung des Einsenders und nicht die der Redaktion wieder. Wir behalten uns vor, Zuschriften zu kürzen.

Zum Artikel „Krieg der Pfandflaschen" in Ausgabe 04/2017

Die Präsenz eines Artikels, in dem Plastikflaschen hochgejubelt und Mehrwegflaschen verteufelt werden, verstehe ich in einem Mittelstandsmagazin nicht. Die Mehrweg- oder Pfandflasche ist ein essentieller Überlebensbestandteil der meisten mittelständischen und kleinen Getränkeproduzenten in Bayern. Würde das Pfandsystem in Deutschland wegfallen, würden auch viele (oder die meisten) mittelständischen Brauereien aufhören. Die lokalen Brauereien sind regional tätig und liefern meist ausschließlich im regionalen Umkreis. Lange Transportwege deshalb als ein „Verhageln der Ökobilanz" zu bezeichnen, ist schlichtweg falsch. Es mag sein, dass Einweg ein wichtiges wirtschaftliches Standbein für deutsche Unternehmen ist, gleichwohl Mehrweg aber auch!

Carolin Münch, Bräu im Moos, Tüssing

Mit der Mehrwegflasche allein überlebt heute kein mittelständischer Getränkehersteller mehr. Als Lohnabfüller weiß ich, wovon ich spreche: Viele Abfüllkunden können sich die Glasflasche und deren Rückgabesystem anfangs nicht leisten. Das Einweggebinde bietet ihnen eine kostengünstige Alternative, die ihre Produkte obendrein perfekt vor Licht und Sauerstoff schützt. Im Idealfall erschließt die Getränkedose Märkte in anderen Bundesländern oder im nahen Ausland. Denn anders als die Mehrwegflasche muss sie nicht zum Abfüller zurück, um wiederverwertet zu werden. Regional tätige Brauereien sind also längst nicht mehr auf den regionalen Vertrieb mit der Mehrwegflasche angewiesen. Mit der Dose kommt die Flexibilität – und die ist im heutigen Markt überlebenswichtig. Einweg ergänzt Mehrweg. Daran gibt es nichts zu rütteln.

Frank Dieck,
Dieck & Co. Erfrischungsgetränke oHG, Hückelhoven

Euphorische Stimmung

Eine „euphorische Stimmung" im industriellen Mittelstand verzeichnen der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und die internationale Unternehmensberatung A.T. Kearney in ihrem aktuellen Mittelstandspanel 2017. Danach stufen fast 60 Prozent der 400 befragten Unternehmen ihre Wirtschaftslage als sehr gut oder gut ein. Das ist der höchste Prozentsatz seit der ersten Erhebung des Mittelstandspanels im Jahr 2005. Treiber der positiven Geschäftsentwicklung sei die Binnenkonjunktur: 44 Prozent der Mittelständler sehen die Inlandsumsätze steigen, 27 Prozent erwarten dies im Auslandsgeschäft. Aber: Während sich der Mittelstand für die Digitalisierung im Hinblick auf die eigene Unternehmenskultur und -struktur gut aufgestellt sieht, herrscht auf der technologischen Seite Aufholbedarf. Dies gilt besonders für kleinere Unternehmen. Besorgniserregend sei, so der BDI, dass gerade einmal 35 Prozent der befragten Unternehmen die Digitalisierung als Chance sähen. Dagegen begriffen 42 Prozent die Digitalisierung als Herausforderung.

„Angezählt"

Jedes fünfte Unternehmen in Deutschland nutzt inzwischen die kostenpflichtigen IT-Dienste aus der virtuellen Wolke („Cloud"). Bei einer Cloud werden IT-Ressourcen (z. B. Speicherplatz, Software, Rechenleistung) nicht lokal, sondern über ein Netzwerk bereitgestellt – die Daten werden sozusagen gemietet. Damit hat sich der Anteil der Unternehmen hierzulande in den vergangenen zwei Jahren gut verdoppelt, wie ein Vergleich mit Daten von Eurostat zeigt. Im europäischen Vergleich liegen die Unternehmen in Deutschland jedoch nur im unteren Mittelfeld. Sehr viel Cloud-affiner sind beispielsweise Unternehmen in Dänemark oder Irland (jeweils rund 40 Prozent). Cloud-Angebote werden in der Chemie-, Pharma- und Elektroindustrie am häufigsten genutzt werden (knapp 27 Prozent), deutlich seltener im Maschinen- und Fahrzeugbau (13 Prozent).

Fotos: stock.adobe.com

Welche Köpfe kommen auf uns zu?

Von Robin Alexander

Die Regierungsbildung hat noch nicht begonnen, aber die Weichen sind eindeutig in Richtung Jamaika gestellt: das erste Bündnis von vier Parteien. Bürgerlich in einem sehr weiten Sinne sind CDU, CSU, FDP und Grüne alle. Aber der Graben zwischen den Unionsparteien ist nach der Flüchtlingskrise und der Quittung dafür an der Wahlurne größer denn je. Und Liberale und Ökos haben einander im Wahlkampf wie ideologische Todfeinde behandelt.

Umso wichtiger wird das Personal der neuen Bundesregierung. Auf die Frauen und Männer im Kabinett wird es ankommen – viel mehr als in der abgewählten Großen Koalition. Die Spitzenleute können die Widersprüche von Jamaika für neue, innovative Lösungen produktiv machen. Oder sich blockieren.

Klar ist bisher nur eine Personalie: Kanzlerin wird wieder Angela Merkel. Doch schon im Kanzleramt bleibt nicht alles beim Alten. Denn Merkels wichtigster Berater verlässt sie: Christoph Heusgen, der die Abteilung 2, zuständig für Außen- und Sicherheitspolitik, leitet, geht als Botschafter zu den Vereinten Nationen nach New York. Heusgen war einflussreicher als die meisten Minister der Ära Merkel, er hat unter anderem das europäische Sanktionsregime gegen Russland entworfen. Wer ihm nachfolgt, hat für die deutsche Außenpolitik entscheidende Bedeutung. Die meisten im politischen Berlin wetten auf Emily Haber, die zuletzt als Staatssekretärin im Innenministerium die Flüchtlingskrise managte.

Robin Alexander (42) ist Chefreporter der Welt-Gruppe und berichtet schwerpunktmäßig über das Bundeskanzleramt und die Unionsparteien. Im März erschien sein Bestseller „Die Getriebenen" über die Grenzöffnung für Flüchtlinge im Herbst 2015. Alexander ist verheiratet und hat drei Kinder.

Das Finanzministerium dürfte an die FDP gehen. Deren Vorsitzender Christian Lindner hatte es schon in der Endphase des Wahlkampfs kaum verhohlen beansprucht – und Wolfgang Schäuble hat das Feld geräumt. Lindner selbst dürfte kaum nach dem Ministeramt und der damit verbundenen Vizekanzlerschaft greifen. Er hat aus der Nähe miterlebt, wie es Guido Westerwelle und Philipp Rösler an Merkels Seite erging. Lindner wird als Fraktionsvorsitzender auf Distanz zur Regierungsbank bleiben. Eine gute Wette für das Finanzministerium ist deshalb Werner Hoyer. Der erfahrene Liberale ist Chef der Europäischen Investitionsbank. Da europäische Top-Jobs nach Proporz vergeben werden, würde sein Wechsel nach Berlin die Chance erhöhen, ein anderes, noch wichtigeres europäisches Amt zu ergattern: Jens Weidmann soll Chef der Europäischen Zentralbank (EZB) werden, wenn es nach maßgeblichen Strategen im Regierungsviertel geht.

Weidmann kann gut mit Merkel, die er einst in Wirtschaftsfragen beriet, spricht aber als Kritiker der Geldschwemme von Mario Draghi auch liberal-konservative Bürger an, die der Euro-Rettung skeptisch gegenüber stehen. Solche Bürger müssen Union und FDP binden – sonst gehen sie zur neuen Konkurrenz, der AfD. Wenn Hoyer es nicht wird, könnte Ex-Bundesbank-Chef Carl-Ludwig Thiele Finanzminister werden, hört man.

Da die FDP das Finanzressort anstrebt, wird für die Koalitionspartner das traditionell nicht in der gleichen Farbe besetzte Wirtschaftsministerium frei. Die Grünen dürften sich dafür kaum interessieren und auch Seehofers CSU hat andere Prioritäten. Deshalb könnte zum ersten Mal seit Ludwig Erhard und Kurt Schmücker vor über 50 Jahren ein Christdemokrat Wirtschaftsminister werden.

Damit verbände sich die große Chance, das ordnungspolitische Profil nicht nur der CDU, sondern beider Unionsparteien zu schärfen. Dass Entscheidungen für den Markt – die oft Entscheidungen gegen etablierte Unternehmen sind – nicht unpopulär sein müssen, beweist Karl-Theodor zu Guttenbergs „Nein" zur Staatshilfe für Opel im Jahr 2010. An Ordnungspolitikern gebricht es der CDU in der dominierenden Generation 50 plus. Mit dem bisherigen Finanzstaatssekretär Jens Spahn und dem Chef des Wirtschaftsflügels Carsten Linnemann sieht es bei den Jüngeren deutlich besser aus.

Migrantengeführte Familienunternehmen

Nach Schätzungen des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn gab es im Jahr 2014 in Deutschland rund 375.000 migrantengeführte Familienunternehmen. Das entspricht einem Zehntel aller Familienunternehmen. Ihr Jahresumsatz von 280 Milliarden Euro entspricht einem Anteil von rund vier Prozent am steuerbaren Umsatz aller Unternehmen. Das IfM stellte zudem fest, dass sie überdurchschnittlich häufig neue Produkte und Dienstleistungen einführten. Zum Jahreswechsel 2016/17 waren rund 13 Prozent aller Beschäftigten mit Zuwanderungsgeschichte (einschließlich Auszubildenden) in migrantengeführten Familienunternehmen angestellt.

Absatzgebiete der Familienunternehmen in %

Quelle: Befragung des IfM Bonn 2016/2017, gewichtete Werte; eigene Berechnungen.

LEXIKON der Politik-Insider

Doppelkopfvorlage

Nein, mit dem beliebten Kartenspiel „Doppelkopf“ hat die Doppelkopfvorlage nichts zu tun. Außer, dass Strategie durchaus eine Rolle spielt. Denn bei der Doppelkopfvorlage bündeln mindestens zwei verschiedene Behörden ihre Kompetenzen, das heißt, das fachliche Know-how, die spezifischen personellen und strukturellen Ressourcen gleich mehrerer Behörden sollen zur Problemlösung beitragen. Die beteiligten Ministerien legen dann beispielsweise einen gemeinsam erarbeiteten Gesetzentwurf oder ein Themenkonzept vor. Beispiel: In Berlin wurde das Senatskonzept „Alleinerziehende besser unterstützen“ als Doppelkopfvorlage der Senatsverwaltungen Arbeit, Integration und Frauen unter der Federführung der für Familien zuständigen Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft eingebracht und beschlossen.

Rekordzahl an Abgeordneten

Die Union bleibt trotz herber Verluste die stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag. Bei der Wahl zum 19. Deutschen Bundestag konnte die CDU 26,8 Prozent der Zweitstimmen auf sich vereinen (2013: 34,1 Prozent). Zusammen mit der CSU, die 6,2 Prozent erhielt (2013: 7,4 Prozent), kommt die Unionsfraktion auf 32,9 Prozent der Zweitstimmen (2013: 41,5 Prozent). Inklusive der Überhangmandate zählt die Unionsfraktion 246 Abgeordnete (2013: 309), von denen 231 (2013: 236) ihren Wahlkreis direkt gewonnen haben. Die SPD holte 59 Wahlkreise direkt, die Linke fünf, die AfD drei, die Grünen einen. Den höchsten Erststimmenanteil erreichte mit 57,7 Prozent das MIT-Mitglied und CDU-Kandidatin im Wahlkreis Cloppenburg-Vechta, Silvia Breher. MIT-Vorsitzender Carsten Linnemann erzielte mit 53,3 Prozent das bundesweit fünftbeste Erststimmenergebnis.

Dem neuen Bundestag werden insgesamt 709 Parlamentarier (Mindestzahl 598) angehören – so viele wie noch nie. Dies wird die Steuerzahler in den kommenden vier Jahren laut Bund der Steuerzahler 300 Millionen Euro zusätzlich kosten.

Foto: stock.adobe.com

FACHKRÄFTEMANGEL IN DEUTSCHLAND

Viel Arbeit, wenig Personal

Die deutsche Wirtschaft brummt und die Arbeitslosenzahlen sind so niedrig wie nie. Mit dem Aufschwung kam auch die Suche nach passendem Personal, denn das ist in Deutschland aktuell schwer zu finden. Viele Betriebe können ihre Stellen nicht besetzen und setzen jetzt auf Kräfte aus dem Ausland.

Fotos: Smileus/stock.adobe.com

Bauunternehmer Peter Erl aus Osterhofen in Niederbayern ist verzweifelt: Obwohl Lehrlinge in seinem Betrieb bis zu 1.400 Euro verdienen, findet er seit sechs Jahren keine Auszubildenden mehr. Erl, der zugleich engagierter CSU-Kommunalpolitiker und Mitglied im MIT-Bundesvorstand ist, beobachtet die gleichen Sorgen bei Unternehmerkollegen im Umkreis. Bei Metzgern und Bäckern blieben die offenen Stellen ebenfalls häufig unbesetzt.

Noch nie hatten in Deutschland so viele Menschen einen Job. Laut der Bundesagentur für Arbeit gingen Ende 2016 rund 43,7 Millionen Menschen einer Arbeit nach. Die Arbeitslosenzahl ist seit 2005 von 4,9 Millionen auf derzeit 2,5 Millionen gesunken. Der deutsche Arbeitsmarkt steht also bestens da, doch immer häufiger haben Unternehmen Schwierigkeiten, neues Personal zu finden. Mehr als eine Million Stellen blieben bis Sommer 2017 offen.

Aber Fachkräfte werden dringend gesucht in Deutschland, vor allem in der Altenpflege und im Baugewerbe. Die Fachkräfteengpassanalyse der Bundesagentur für Arbeit von Juni 2017 zeigt, dass die Wirtschaft zwar boomt, aber es gleichzeitig zu einem schärferen Wettbewerb um Fachkräfte gekommen ist. Im Baugewerbe seien aktuell rund 100.000 offene Stellen ausgeschrieben, 13.000 mehr als 2016. Besonders auf dem Land finden viele Mittelständler keine passenden Bewerber.

Bauunternehmer Peter Erl hat vor drei Jahren in seiner Verzweiflung erstmals zwei Flüchtlinge aus Afghanistan als Auszubildende eingestellt. „Ich hatte keine andere Wahl, denn ich habe einfach keine jungen Leute für meine Lehrstellen gefunden“, sagt Erl. „Am Anfang konnten sie kaum Deutsch, waren aber hochmotiviert und haben viel Ehrgeiz gezeigt“, sagt Erl. Die beiden Afghanen haben ihre Ausbildung Anfang dieses Jahres bestanden, einer davon sogar mit „sehr gut“. Wenn er heute nochmal Flüchtlinge aus Afghanistan einstellen wollte, wäre das schwieriger. Inzwischen ist Afghanistan als sicheres Herkunftsland betitelt worden. Die Flüchtlinge werden zwar aktuell nicht abgeschoben, bekommen aber auch keine Arbeitserlaubnis, die es ihnen erlaubt einen Ausbildungsvertrag abzuschließen. „Das verstehe ich nicht“, sagt Erl. „Es ist doch besser, wenn sie arbeiten, Steuern zahlen und sich selbst versorgen können“.

Esmail Hakimi aus Afghanistan arbeitet seit fast vier Jahren im Betrieb von Peter Erl. Am Anfang konnte er kaum Deutsch, war aber hochmotiviert. Seine Ausbildung schloss er mit Bestnoten ab.

Spezialisten Hoch-, Tief-, Aus- und Trockenbau

Stand: Juni 2017

- Fachkräftemangel
- Anzeichen für Fachkräfteengpässe
- Keine Anzeichen für Engpässe
- Keine Daten aufgrund kleiner Größenordnungen

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Flüchtlinge können Engpass nicht schließen

Dass Unternehmer wie Peter Erl Flüchtlinge einstellen, schlägt sich in den Zahlen zum Fachkräftemangel in Deutschland nicht nieder. „Die Flüchtlinge werden den Fachkräfteengpass nicht schließen können. Wenn wir aber jetzt in ihre Qualifikationen investieren, könnten sie zukünftig dazu beitragen, den Fachkräftemangel abzufedern“, sagt Susanne Eikemeier, Sprecherin der Bundesagentur für Arbeit. Bei vielen Flüchtlingen fehlten die passende Ausbildung und andere Qualifikationen, die sie für eine Stelle als Fachkraft mitbringen müssten. „Deshalb müssen wir die Menschen, die die Aussicht haben, länger bei uns zu bleiben, unterstützen und nachqualifizieren“, sagt Eikemeier. Außerdem sollte man den Fachkräftemangel individuell pro Branche und Region betrachten. „Ein Unternehmer in Brandenburg kann vor ganz anderen Problemen stehen als einer in Berlin.“ Die Zahlen der Fachkräfteengpassanalyse zeigen, dass in Berlin beispielsweise kein Mangel an Fachleuten in informationstechnischen Berufen besteht. Auf dem Land werden solche Fachkräfte aber dringend gesucht.

Um das Problem zu lösen, reicht es nicht aus, Flüchtlinge und Migranten nachzuqualifizieren und damit die Fachkräftelücke zu schließen. „Der Fachkräftemangel und die Herausforderung, Flüchtlinge in Deutschland zu integrieren, werden oft ineinandergeschoben, aber das löst beide Probleme nicht“, sagt Holger Kolb, stellvertretender Geschäftsführer des Sachverständigenrats Deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Beim Fachkräftemangel würden zudem auch noch viele andere Faktoren jenseits des Einwanderungsrechts im engeren Sinne eine Rolle spielen, zum Beispiel die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. „Das ist Aufgabe der Politik: Rahmenbedingungen zu schaffen, die es den Menschen erleichtern, einer Arbeit nachzugehen“, sagt Kolb. Die Rahmenbedingungen, zu denen zum Beispiel auch die Steuerpolitik und Verdienstmöglichkeiten zählen, hätten die größte Hebelwirkung, um den Fachkräftemangel zu beheben.

Union fordert ein Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz

Ein Vorschlag der Union, mehr Fachkräfte in Deutschland zu rekrutieren, ist das sogenannte „Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz“. Deutschland, so steht es im CDU/CSU-Wahlprogramm, brauche ein Regelwerk zur Steuerung von Einwanderung in den Arbeitsmarkt, das sich am Bedarf der Volkswirtschaft orientiere. Die bestehenden Regelungen sollten zusammengefasst werden und, wo nötig, effizienter gestaltet werden. Voraussetzung dafür sei der Nachweis eines konkreten Arbeitsplatzes und die Sicherung des Lebensunterhalts. „Das Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz hilft uns dabei, unseren Arbeitsmarkt weiterhin zu stabilisieren und den Mittelstand zu unterstützen“, sagt MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linnemann. „Besonders im Bereich der Digitalisierung, aber auch im Pflegesektor sind wir auf Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen“, so Linnemann.

Zwar verweisen Innenpolitiker häufig darauf, Deutschland habe schon viele Möglichkeiten der legalen Fachkräftezuwanderung. Wie schwierig es aber im Einzelfall sein kann, zeigt das Beispiel von Alejandro Flamenco aus El Salvador. Der 19-Jährige schloss 2015 die Schule in seinem Heimatland ab und kam nach Deutschland, um hier eine Ausbildung zu beginnen. Im ersten Jahr besuchte er einen Deutschkurs und informierte sich über die verschiedenen Ausbildungsangebote. Bereits nach sechs Vorstellungsgesprächen bekam er einen

Peter Erl hofft auf ein Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz in der nächsten Legislaturperiode. Das Gesetz würde ihm dabei helfen, Auszubildende aus dem Ausland einzustellen.

Ausbildungsplatz zum Mechatroniker angeboten. Der Beruf steht auf der Mangelliste der Bundesagentur für Arbeit, Azubis werden also dringend gesucht. „Doch mein Traum, eine Ausbildung in Deutschland zu machen, drohte trotzdem zu platzen“, sagt Flamenco. Denn zu diesem Zeitpunkt war er mit einem Studienvorbereitungsvisum in Deutschland, das aber keine Arbeitserlaubnis beinhaltete. Um die Ausbildung anzutreten, musste er das Visum wechseln und dafür extra nochmal nach El Salvador reisen. „Viele Arbeitgeber haben mich genau aus diesem Grund nicht eingestellt, weil ihnen die Situation zu unsicher war“, sagt Flamenco. Denn in El Salvador wartet man durchschnittlich nochmal bis zu sechs Wochen auf das neue Visum. Zum Glück hat Flamenco seine Dokumente rechtzeitig bekommen und konnte die Ausbildung pünktlich beginnen. „Ich möchte nicht, dass jedem in Deutschland ein Visum geschenkt wird. Aber viele Prozesse kann man vereinfachen“, sagt er.

Der Bürokratie-Abbau bei der qualifizierten Zuwanderung, also der Einwanderung von hier dringend benötigten Fachkräften, müsste wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden, sagt Constantin Terton von der Industrie- und Handelskammer (IHK) Berlin. „Dabei geht es auch um den internationalen Standortwettbewerb, dem sich Deutschland stellen muss“, so Terton, der bei der IHK Berlin den Bereich „Fachkräfte und Innovation“ leitet. Denn die wirtschaftliche Situation Deutschlands könne nur mit entsprechenden Fachkräften auf so einem guten Niveau gehalten werden. Außerdem müsse die Diskussion um qualifizierte Einwanderung seriös geführt werden. „Wir müssen die Gesellschaft mitnehmen und den Menschen erklären, dass wir als Wirtschaftsstandort trotz der Flüchtlingswelle weiterhin auf qualifizierte Einwanderung angewiesen sind“, sagt Terton.

Ohne qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland droht Betrieben, wie dem von Peter Erl, das Aus. Die Auftragsbücher sind voll, die Arbeit wird immer mehr, aber das Personal fehlt. „Das kann so nicht weitergehen“, sagt Erl und hofft, dass er künftig einfacher motivierte Einwanderer einstellen kann.

Katharina-Luise Kittler
Redakteurin
kittler@mit-bund.de
twitter.com/k_luise

Fachkräfte bzw. Spezialisten Mechatronik und Automatisierung

Stand: Juni 2017

- **Fachkräftemangel**
- **Anzeichen für Fachkräfteengpässe**
- **Keine Anzeichen für Engpässe**
- **Keine Daten aufgrund kleiner Größenordnungen**

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

INTERVIEW MIT VALERIE HOLSBOER

„Erst die Sprache, dann die Einreise“

Die Juristin Valerie Holsboer ist die erste Frau im Vorstand der Bundesagentur für Arbeit (BA). Mittelstandsmagazin-Chefredakteur Thorsten Alsleben sprach mit ihr über das Ziel Vollbeschäftigung, Sanktionen für Langzeitarbeitslose und die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt.

Frau Holsboer, die Union hat als Wahlziel Vollbeschäftigung bis 2025 ausgegeben. Wie kann dieses Ziel aus Ihrer Sicht erreicht werden?

Valerie Holsboer: Sobald die Arbeitslosenquote bei drei Prozent und darunter liegt, sprechen Volkswirte von Vollbeschäftigung. Das haben wir heute schon in einigen Regionen – aber das bedeutet natürlich nicht, dass wir hier als Arbeitsagentur nichts mehr zu tun haben. Im Gegenteil: Wer in einer solchen Region längere Zeit arbeitslos bleibt, hat meistens besonderen Unterstützungsbedarf.

Generell gilt: Der Arbeitsmarkt ist und bleibt nach allgemeiner Einschätzung sehr gut, Unternehmen stellen ein und suchen Fachkräfte. Der Schlüssel ist die Qualifikation. Das Risiko, arbeitslos zu werden und zu bleiben, ist für Menschen ohne formale Qualifizierung um ein Dreifaches höher als für Menschen mit Berufsausbildung oder Studium.

Aber es gibt doch immer Menschen, die gar keine Qualifikation haben, es gibt Langzeitarbeitslose. Was kann die Bundesagentur für diese Gruppen tun, um sie zu integrieren?

Vieles: Mit unserer Berufsberatung sind wir schon am Übergang von Schule zum Beruf dran, um jeden in eine passende Ausbildung oder Studium zu bringen. Wer nicht ausbildungsreif ist, wird mit entsprechenden Maßnahmen gefördert. Ein gutes Beispiel dafür ist die sogenannte Einstiegsqualifizierung direkt im Betrieb. Hier haben wir hohe Übernahmequoten in die Ausbildung. Außerdem können wir Wackelkandidaten, also solchen, die ihre Ausbildung oder ihr Studium womöglich abbrechen, helfen. Bei denjenigen, die den ersten Zug verpasst haben, also schon etwas älter und ohne Ausbildung sind, setzen wir überwiegend abschlussorientierte Maßnahmen ein. Qualifikation ist also der Dreh- und Angelpunkt.

Bei Langzeitarbeitslosen kommen oft weitere Faktoren dazu, die den Weg in den Job erschweren, von gesundheitlichen Einschränkungen, über Suchterkrankungen bis zur Verschuldung. Das sind große Herausforderungen für unsere Vermittlungsarbeit. Wir arbeiten deshalb vernetzt mit Spezialisten, um individuelle Lösungen zu finden.

Was mir in den ersten Monaten bei der BA noch klarer geworden ist, ist die Bedeutung von Prävention. Wir wollen Arbeitslosigkeit und vor allem Langzeitarbeitslosigkeit gar nicht erst entstehen lassen. Das fängt damit an, dass es Kinder gibt, die in ihrer Umgebung niemanden kennen, der arbeitet. Wir setzen unseren Fokus jetzt noch stärker auf Familien, in denen beide Elternteile arbeitslos sind. Das ist für uns kein schnelles Geschäft, aber ich bin mir sicher, es lohnt sich.

Nun gibt es aber auch nicht wenige, die arbeitslos gemeldet sind, arbeitsfähig wären, sich aber der Arbeit – zum Beispiel durch unmögliches Auftreten bei Bewerbungsgesprächen – verweigern. Wie kommen Sie denen bei?

Ich kenne solche Fälle vereinzelt aus meiner alten Welt als Unternehmensvertreterin im Verband. Es ärgert mich, dass einzelne damit das Ansehen von arbeitslosen Menschen negativ prägen und letztlich auch uns damit das Geschäft erschweren. Schlechte Erfahrungen sprechen sich schnell herum und können bei Arbeitgebern die Bereitschaft zur Berücksichtigung von Arbeitslosen beeinflussen. Ich möchte keine Stigmatisierung von Arbeitslosen. Viele suchen intensiv und engagiert eine neue Beschäftigung und haben eine Chance verdient. Aber: Ein tatsächlich auf „Ausmusterung" gerichtetes Bewerbungsverhalten kann Sanktionen nach sich ziehen, und das setzen wir auch so gut es geht konsequent um.

Valerie Holsboer (40) ist seit April Vorstand Ressourcen bei der Bundesagentur für Arbeit. Dort ist sie insbesondere für die Geschäftsbereiche Finanzen und Personal zuständig. Zuvor arbeitete die Juristin beim Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen in Deutschland sowie als Hauptgeschäftsführerin beim Bundesverband der Systemgastronomie und der Arbeitgebervereinigung Nahrung und Genuss. Holsboer ist mit dem Unternehmer Florian Holsboer verheiratet, mit dem sie eine gemeinsame Tochter hat.

Warum erhalten denn Personen wie der bekannte Arbeitslose Arno Dübel, der sich seit Jahrzehnten krankschreiben lässt und öffentlich damit prahlt, überhaupt noch staatliche Unterstützung?

Mit Sanktionen ist das so: Je nachdem mit wem Sie sprechen, werden diese entweder als zu viel und streng oder als zu lasch wahrgenommen. Wir halten uns an die Vorgaben des Gesetzgebers. Mir ist wichtig, dass reißerische Einzelfälle nicht exemplarisch für alle gelten, und wir gleichzeitig auf Auffälligkeiten sensibilisiert sind.

Viele Unternehmen klagen über fehlende Fachkräfte. Was können vor allem kleinere Mittelständler tun, die gegen die professionellen

Personalabteilungen großer Arbeitgeber kaum Chancen haben?

Der Mittelstand hat als Arbeitgeber enorme Bedeutung. Bei der Rekrutierung und bei der Bezahlung, haben aber tatsächlich große Unternehmen Vorteile, wie eine aktuelle Erhebung unseres wissenschaftlichen Instituts IAB zeigt. Diese zeigt aber auch, dass der Stellenbesetzungsprozess bei kleinen und mittleren Betrieben fast gleich lang dauert wie bei großen, und dass Mittelständler dafür mit mehr unbefristeten Einstellungen punkten. Wir unterstützen bei der Suche nach Beschäftigten und Auszubildenden. Allerdings kommen wir aufgrund der kleiner werdenden Zahl an Arbeitslosen zunehmend in die Situation, dass Bewerber und Stelle nicht zu 100 Prozent passen. Wir versuchen, über Qualifizierung eine Annäherung zu erreichen. Wir erleben hier übrigens kleinere Arbeitgeber als kompromissbereiter als Großunternehmen, auch da die Einstellungsprozesse weniger formalisiert sind.

Die Flüchtlinge wurden von einigen vor allem am Anfang als eine Lösung des Fachkräftemangels angesehen. Aber das war wohl eine Fehleinschätzung?

Wir dürfen den humanitären Aspekt von Flucht und Asyl nicht mit dem Thema Fachkräftemangel vermischen. Das erzeugt nur falsche Erwartungen und schlimmstenfalls das Gefühl getäuscht worden zu sein. Es gibt das Handlungsfeld „gesteuerter Zuzug von Fachkräften aus dem Ausland". Hier betätigen wir uns als BA in ersten Schritten, zum Beispiel bei der Gewinnung von Pflegekräften aus Drittstaaten beim Projekt „Triple Win". Dabei legen wir besonders Wert darauf, dass die Qualifizierung und die Sprachkenntnisse im Ausland erworben werden und der Arbeitsplatz bereits vor Einreise feststeht.

Geflüchtete Menschen kommen aufgrund von Verfolgung. Da wird an der Grenze nicht nach Qualifikationsmerkmalen gefragt. Das ist etwas anderes als gesteuerter Zuzug. Diese Menschen sind nun hier, und wir zusammen haben die Herausforderung, sie Schritt für Schritt in unsere Gesellschaft und in unseren Arbeitsmarkt zu integrieren. Je erfolgreicher wir dabei sind, desto eher kann es uns gelingen, einen Mehrwert zur Fachkräftesicherung zu generieren. Wir müssen auch akzeptieren, dass ein Teil dieser Menschen auch langfristig allenfalls als Helfer und nicht als Fachkraft eingesetzt werden kann.

> *„167.000 Menschen aus den typischen Asylherkunftsländern sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt, das sind 61.000 mehr als vor einem Jahr."*
>
> **Valerie Holsboer**

Welchen Aufwand müssen wir betreiben, um Hunderttausende ohne Deutschkenntnisse und ohne nutzbare Qualifizierung in den Arbeitsmarkt zu integrieren?

Den Aufwand möchte ich nicht kleinreden. Ein Drittel der Arbeitsuchenden hat keinen Schulabschluss. 64 Prozent suchen einen Job im Helferbereich. Es wird dauern, aber es geht Gott sei Dank voran: 167.000 Menschen aus den typischen Asylherkunftsländern sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt, das sind 61.000 mehr als vor einem Jahr. Im letzten Jahr haben gut 14.500 eine Ausbildung begonnen, 79.000 befinden sich derzeit in Maßnahmen, weitere 155.000 in Integrationskursen. Toll ist das Engagement vieler Unternehmen – und es tut mir leid, dass diese dabei mit einigen bürokratischen Hindernissen zu kämpfen haben.

Die Union fordert ein Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz. Warum ist da überhaupt eine Veränderung notwendig? Schon jetzt können doch auch Fachkräfte aus dem Ausland einreisen.

Es ist richtig, sich bei der gesteuerten Zuwanderung von Fachkräften zu engagieren, und hier ist heute bereits vieles möglich und geregelt. Ob weitere Regelungen über ein Zuwanderungsgesetz geschaffen werden, muss der Gesetzgeber entscheiden. Vor allem brauchen wir im ersten Schritt eine klare Analyse, was am Arbeitsmarkt gebraucht wird. Der nächste Schritt ist die Frage, wie das gelöst werden kann – durch Anpassung bestehender Regelungen oder über ein neues Gesetz. Beim Ruf nach neuen Gesetzen bin ich immer hellhörig und frage, was genau womit erreicht werden soll.

Valerie Holsboer im September als Ehrengast beim Bundesmittelstandstag der MIT in Nürnberg

> *„Wir müssen akzeptieren, dass ein Teil der Flüchtlinge auch langfristig allenfalls als Helfer und nicht als Fachkraft eingesetzt werden kann“*
>
> **Valerie Holsboer**

Wie sieht es bei der Auszubildung aus? Dort werden doch auch viele Stellen nicht mehr besetzt. Sollte man jungen Menschen aus dem Ausland die Möglichkeiten erleichtern, in Deutschland eine Lehre anzufangen?

EU-Freizügigkeit haben wir ja schon. Deutschland hat mit der dualen Ausbildung ein einzigartiges, großartiges System entwickelt. Einzigartig heißt aber auch, dass viele andere es nicht kennen. Insofern sehe ich da ein Akzeptanzthema. Das zeigen auch Erfahrungen aus der jüngeren Vergangenheit. Gelten muss jedenfalls, dass der grundlegende Spracherwerb vor der Einreise stattfindet. Potenzial sehe ich in der Zusammenarbeit mit deutschen Schulen im Ausland.

Die MIT hat die „Flexi-Rente“ durchgesetzt. Damit können Arbeitgeber jetzt leichter Mitarbeiter, die in Rente gehen, weiterbeschäftigen. Für die Rentner ist es auch attraktiver als früher. Wie stark wird dieses Instrument genutzt?

Die Flexi-Rente soll ja den Übergang in die Rente flexibler machen und die Beschäftigung im Alter attraktiver. Betriebe stehen dem positiv gegenüber, das hat unser IAB in einer Befragung herausgefunden. Vor allem die Lockerung der Hinzuverdienstgrenzen in der Teilzeit und die Altersteilzeit kommen gut an. Wir beobachten, dass die Zahl der Beschäftigten oberhalb der Regelaltersgrenze steigt, für konkrete Daten ist es aber noch zu früh.

Sollte man dieses Instrument des für Arbeitnehmer und Arbeitgeber freiwilligen längeren Arbeitens ausbauen, etwa für Beamte, oder indem man bei Befristungen als Sachgrund „Rentnerbeschäftigung“ einführt?

Jeder, der länger arbeiten möchte und dessen Arbeitgeber das auch wünscht, soll dies können. Alter ist so relativ, das sehe ich auch privat. Mein Mann ist längst im Rentenalter und arbeitet in Vollzeit als erfolgreicher Unternehmer. Warum sollen Arbeitnehmer und Arbeitgeber das nicht ausleben können, wenn beide wollen und können?

Die SPD sieht ja Befristungen sehr kritisch. Sind befristete Stellen aus Ihrer Sicht immer Ausbeuterjobs? Oder gibt es durchaus gute Gründe, Befristungen weiter zu ermöglichen?

Ich bin neben Finanz- auch Personalvorstand, und die Befristung ist für mich an sich ein völlig legitimes Instrument zur Flexibilisierung und Erprobung. Wer das Instrument überzieht, zahlt in Zeiten des Fachkräftemangels auch den Preis. Insofern sehe ich da eine Balance im Markt. Wir als BA fahren Befristungen gerade zurück, weil wir durch befristungsbedingte Fluktuation zu viel Wissensverlust und Einarbeitungsenergie feststellen.

Die Bundesagentur wird auch in diesem Jahr wieder einen Milliardenüberschuss erwirtschaften, und ihre Rücklage wird nach Expertenschätzungen auf über 17 Milliarden Euro anwachsen. Das ist Geld der Beitragszahler. Um wieviel könnte man Ihrer Ansicht nach den Beitrag senken?

In der Krise 2009 haben wir zur Arbeitsplatzerhaltung mit Kurzarbeit und Co. über 18 Milliarden Euro aufgebracht und dann musste der Bund einspringen. Aus dieser Erfahrung heraus haben wir ermittelt, dass 20 Milliarden Euro Rücklage sinnvoll sind, um im Ernstfall handlungsfähig zu sein. Vorher sehe ich eine Beitragsdebatte als

KOMMUNALE WIRTSCHAFT

Staat verdrängt

Kommunale Betriebe graben der privaten Konkurrenz immer mehr das Wasser ab – und der Bürger zahlt oft drauf. Jetzt macht der Mittelstand Front gegen die sich ausbreitende Staatswirtschaft. Ein Bündnis pocht auf faire Auftragsvergaben und gleiche Chancen für alle Wettbewerber.

Ist der Staat der bessere Unternehmer? Das hinterfragen viele Steuerzahler nicht erst seit den Skandalen um den Volkswagen-Konzern, an dem das Land Niedersachsen beteiligt ist. Laut einer Emnid-Umfrage hat die Mehrheit der Deutschen ein klares Bild: Nur 21 Prozent glauben, dass der Staat der bessere Unternehmer sei. 58 Prozent halten privatwirtschaftliche Unternehmen grundsätzlich für besser.

Der Trend zur Staatswirtschaft indes verfestigt sich. Während deutsche Städte und Gemeinden in den Neunzigerjahren viele öffentliche Dienstleistungen aus Effizienzgründen privatisierten, verhielt es sich danach umgekehrt. Zwischen 2000 und 2012 stieg die Zahl der kommunalen Unternehmen in Deutschland um fast ein Viertel an. Das

Anzahl und Umsatz kommunaler Unternehmen

Quelle: Bardt/Fuest/Lichtblau, 2010; Statistisches Bundesamt, 2015 – IW Köln

Mittelständler

geht aus einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hervor. Die Umsätze der kommunalen Unternehmen haben sich demnach im gleichen Zeitraum auf mehr als 278 Milliarden Euro verdoppelt. 2014 erreichten die Umsätze mit 314 Milliarden Euro – das entspricht fast dem deutschen Bundeshaushalt – einen neuen Rekord.

Bürger tragen die Kosten

Mit ihren Gewinnen aus der Wasserversorgung oder der Müllabfuhr würden viele Kommunen anschließend ihre klammen Stadtkassen auffüllen, kritisiert IW-Mittelstandsexperte Klaus-Heiner Röhl. Ihn stört, dass das Gewinnziel in vielen Kommunen explizit als Begründung für eine öffentliche Bereitstellung der Entsorgungsleistung genannt werde. Röhl: „Das ist zwar nachvollziehbar, doch Untersuchungen zeigen, dass die Gewinne und Gebühren oft höher sind als in vergleichbaren Kommunen, wo die Entsorgung privat organisiert ist.“ Der Bürger zahlt also drauf.

Dass derlei unternehmerische Aktivitäten oftmals schief gehen, zeigt sich zum Beispiel am Abwasserzweckverband (AZV) Südholstein. Der AZV stolperte bei dem Versuch, sich mit dem Betrieb eines Breitbandnetzes ein neues Standbein zu schaffen. 2010 stieg man in das Internetgeschäft ein und investierte rund 12 Millionen Euro in das Breitbandnetz für einige Ortschaften. Rund 3.000 Kunden reichten jedoch nicht zum wirtschaftlichen Erfolg, sodass man entschied, aus dem Geschäft wieder auszusteigen. Da sich kein Käufer fand, gründeten einige Kommunen

Foto: oscarwhity/stock.adobe.com

Müllentsorgung: Private können's billiger

Durchschnittliche Abfallgebühren für einen Vierpersonenhaushalt in Landkreisen im Jahr 2015 in Euro

Die bayerischen Landkreise mit den niedrigsten Abfallgebühren im Jahr 2015 in Euro

		Entsorger			Entsorger
Kulmbach	163	Privat	Eichstätt	188	Privat
Unterallgäu	175	Privat	Altötting	194	Privat
Neustadt an der Waldnaab	180	Privat	Neumarkt in der Oberpfalz	198	Privat
Amberg-Sulzbach	184	Privat	Straubing	199	Kommunal
Augsburg	184	Privat	Kronach	202	Privat

Ursprungsdaten: Gebührenordnungen der Landkreise

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · iwd 46

den neuen Zweckverband „Breitband Marsch und Geest". Der Gesamtverlust dieses Ausflugs inklusive Verbindlichkeiten, Rechts-und Beratungskosten wird auf sieben bis acht Millionen Euro geschätzt. Die Zeche zahlen nun die Abwasserkunden über ihre Gebühren.

Wo Kommunen als Unternehmer agieren, steigen die wirtschaftlichen Risiken – zu diesem Ergebnis kommt auch eine Studie des Deutschen Steuerzahlerinstituts (DSi): „Viele kommunale Unternehmen arbeiten unrentabel und verdrängen Mittelständler vom Markt", kritisiert Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler und Vorsitzender des DSi. „Mit Hilfe von Steuergeld werden sie jahrelang künstlich am Leben gehalten, bis sie wirtschaftlich am Ende sind."

Kommunen werden privilegiert

In einem besonderen Licht erscheint das mit Blick auf ein entscheidendes Privileg, das kommunale Entsorger haben. Sie können ihre Betriebe so organisieren, dass sie keine Umsatzsteuer zahlen müssen. Dieser enorme Kostenvorteil verstößt laut Professor Roman Seer vom Institut für Steuerrecht und Steuervollzug der Ruhr-Universität Bochum gegen geltendes Recht. „Die Sonderstellung führt zum einen zu größeren Wettbewerbsverzerrungen zugunsten kommunaler Betriebe und zum anderen werden die Bürger für die gleiche Leistung bundesweit unterschiedlich belastet", sagt Seer. Denn je nachdem, ob die Abfallwirtschaft privat oder kommunal organisiert ist, müssen manche Bürger Umsatzsteuer zahlen und manche nicht. Eine Steuerfreiheit von öffentlich-rechtlichen Einrichtungen komme aber nur in speziellen Bereichen in Betracht und nur dann, wenn keine größeren Wettbewerbsverzerrungen gegenüber privaten Anbietern zu befürchten seien. „Diese Voraussetzungen aber sind im Bereich der Abfallwirtschaft eindeutig nicht gegeben", so der Steuerrechtler. Diese Entwicklung hält auch Thüringens CDU-Chef Mike Mohring, gleichzeitig Vorsitzender der Konferenz der finanzpolitischen Sprecher aller Bundesländer, für fatal: „Eine steuerliche Ungleichbehandlung darf nicht zu Wettbewerbsverzerrungen mit Verdrängung mittelständischer Unternehmen führen."

Eine andere Auffassung vertritt Patrick Hasenkamp, Vizepräsident des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU). Er verweist auf das Grundprinzip der Daseinsvorsorge: „Dort, wo der Staat in Wettbewerb mit der Privatwirtschaft tritt, ist er steuererhebungspflichtig: zum Beispiel in der Energiewirtschaft. Bei der Hausmüllentsorgung ist das aber ebenso wenig der Fall wie bei der Ausstellung eines Personalausweises." In beiden Fällen müssten und dürften nur die Kommunen gegenüber dem Bürger tätig werden, so Hasenkamp. „Dann sind sie folgerichtig von besagter Steuer befreit." Er verweist zudem darauf, dass die Bürger Gebühren zahlen. „Es wäre deshalb unbillig, wenn der Staat den Bürger zusätzlich mit Umsatzsteuer belasten würde." Nach Ansicht des VKU findet in der Praxis ein konstruktiver Weg des Miteinanders statt, da etwa die Hälfte aller Kommunen private Entsorger damit beauftragt, sie bei der Erfüllung ihrer Entsorgungspflicht zu unterstützen. Hasenkamp: „Das ist in der Regel eine Win-Win-Zusammenarbeit für alle Akteure."

Dem widerspricht IW-Ökonom Röhl: „Viele Kommunen sind Auftraggeber und Kunden mittelständischer Unternehmen, aber andere verdrängen private Anbieter durch ihre steuerbegünstigten Kommunalbetriebe." In den letzten Jahren gab es zudem eine Tendenz zur Rekommunalisierung von Aufgaben, wobei die Kommunen „Rosinenpickerei" betreiben: Vor allem lukrative dicht besiedelte Entsorgungsgebiete wurden wieder in Eigenregie übernommen.

Mittelstand macht mobil

Gegen das Steuerprivileg und die zunehmende Verstaatlichung der Wirtschaft setzt sich nun eine Allianz privater

Wirtschaftsverbände zur Wehr. Das im Juni gegründete „Bündnis fairer Wettbewerb“ unter Federführung des Bundesverbands der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE) fordert von der Politik fairere Auftragsvergaben und die steuerliche Gleichstellung von kommunalen und privaten Firmen. BDE-Präsident und MIT-Mitglied Peter Kurth: „Private Unternehmen, die durch Sitzverlagerung ins Ausland Steuern umgehen, werden gerne kritisiert. Aber wenn der Staat die eigene Umsatzsteuer vermeidet, interessiert das kaum jemanden.“ Es gehe dem Bündnis um die Strukturen der Sozialen Marktwirtschaft, so Kurth. Eigentlich müsste die öffentliche Hand mit der Erledigung hoheitlicher Aufgaben ausgelastet sein. „Wenn sie aber auf privatem Sektor tätig wird, dann ist es das Mindeste, dass sich auch kommunale Unternehmen im fairen Wettbewerb messen müssen. Dafür ist die gleiche Steuerbehandlung aber Grundvoraussetzung. Möge dann der Bessere im Sinne der Bürger gewinnen.“

Hubertus Struck
Redakteur/CvD
struck@mit-bund.de

Das „Bündnis fairer Wettbewerb“

Zur Verbändeallianz „Bündnis fairer Wettbewerb“ gehören bisher:

- Bundesinnungsverband des Gebäudereiniger-Handwerks
- BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V.
- Bundesvereinigung Deutscher Stahlrecycling- und Entsorgungsunternehmen e. V. (BDSV)
- Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e. V. (VBS)
- Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer (bdo) e. V.
- Zentralverband Deutsches Baugewerbe
- Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e. V.
- Verband Deutscher Metallhändler e. V.
- Bundesverband IT-Mittelstand e.V. (BITMi)
- Verband der mittelständischen IT-Dienstleister und Softwarehersteller für den öffentlichen Sektor e. V. (DATABUND)
- Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V.
- bvse Bundesverband Sekundärrohstoff und Entsorgung e. V.

Insgesamt erzielen die zu diesen Verbänden zählenden Unternehmen einen jährlichen Umsatz von mehr als 215 Milliarden Euro. Sie haben zusammen mehr als 2,5 Millionen Beschäftigte.

EDITION
STRASSACKER

Der neue Skulpturenkatalog 2017/2018

Exklusive Bronzekunst:
limitiert, signiert und nummeriert,
auf 100 Seiten präsentiert.

Jetzt den kostenlosen Katalog anfordern!

www.edition-strassacker.de

Edition Strassacker
Staufenecker Straße 19 · 73079 Süßen
Tel. 07162 16-180 · Fax 07162 16-190
info@edition-strassacker.de

FRAGEN AN THOMAS RACHEL

War Martin Luther ein Marktwirtschaftler?

Am 31. Oktober feiern wir den 500. Jahrestag der Reformation. Über die kirchengeschichtliche Bedeutung des Reformators Martin Luther wird viel geredet. Aber welches wirtschaftliche Weltbild hatte er? Mittelstandsmagazin-Chefredakteur Thorsten Alsleben sprach mit dem Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Thomas Rachel, über Luther und seine Einstellung zu Wirtschaft und Unternehmern.

Thomas Rachel (55) ist seit 2005 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung und seit 2003 Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU/CSU. Er ist Mitglied im Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Von 1995 bis 2001 gehörte der Rheinländer dem Bundesvorstand der MIT an.

Martin Luther war Zinserhebung verhasst. War Luther ein Anti-Kapitalist?

Thomas Rachel: Nein, ganz und gar nicht. Luther betrachtete alle weltlichen Dinge, Handel und Geschäfte immer sehr unideologisch, nüchtern und realistisch. Geldgier, Ausbeutung und Wucher waren ihm aber verhasst. Er erfuhr als ökonomisch durchaus scharf blickender Zeitgenosse vor allem auch die Schattenseiten der frühneuzeitlichen Kapitalwirtschaft. Er war – modern gesprochen – für eine ethische Rückbindung der Marktwirtschaft sowie eine gewissenhafte Verantwortung der Marktakteure. Der Reformator wusste dabei um die existenziellen Notwendigkeiten des Handelsgeschehens, dass also auch ein gewisser Gewinn gemacht werden musste. Er erkannte aber – gut biblisch – auch die Sozialpflichtigkeit von Eigentum und Vermögen und forderte hier Maß und Mitte, Nächstenliebe und Billigkeit ein.

Immerhin ist die Evangelische Kirche mit ihren Werken inzwischen ein großer Konzern, auch sie „verkauft" Leistungen, legt Geld für Zinsen an, verleiht Geld gegen Zinsen, verpachtet Grundstücke. Würde Luther das so unterstützen?

Noch einmal: Luther kritisierte bei der Zinsfrage im Grunde genommen die unethischen Auswüchse der damaligen Geldwirtschaft auf Kosten der Armen und in Not Geratenen sowie den egoistisch-habsüchtigen Umgang mit Geld und materiellem Vermögen. Dieser Umgang tendiert – wie schon biblisch im Blick ist – stets sehr leicht dazu, zum Mammon- oder Götzendienst zu verkommen. Insofern

kann man in dieser speziellen Frage des Zinsgebrauches seine damaligen theologisch-sozialkritischen Antworten und Empfehlungen nicht einfach eins zu eins ins Heute übertragen. Gegen ein sozial verantwortliches und nachhaltiges Wirtschaften, so wie es die Kirchen und viele Unternehmer in Deutschland heute betreiben, hätte Luther aber mit Sicherheit nichts einzuwenden gehabt.

Welche Rolle spielten denn Unternehmer in den Lehren Luthers? Die mächtigen Handelsfamilien wie Fugger, Welser und Medici hat er doch bekämpft?

Auch hier wusste Luther bereits die Geister sehr genau zu unterscheiden. Es ist daran zu erinnern, dass er nicht zuletzt durch seine fleißige und umsichtige Frau selbst Teil eines durchaus nicht unbedeutenden Großhaushaltes mit beträchtlichem Grundbesitz und Produktivvermögen war. Katharina, die sehr erfolgreich und auch gewinnbringend zu wirtschaften verstand, überließ er ja bekanntermaßen die gesamte Führung seiner damaligen Hauswirtschaft. Die großen profitorientierten Geldhäuser der damaligen Zeit, die ja nicht zuletzt mit dem verhassten und korrupten Papsttum völlig verantwortungslos Geldgeschäfte aller Art tätigten, insbesondere – wie beim Ablass erkennbar – auch auf Kosten der Gläubigen, hat er dagegen in der Tat scharf kritisiert.

Wäre Luther heute für die Soziale Marktwirtschaft oder eher für ein sozialistisches System?

Luther sah klar und realistisch, „dass Kaufen und Verkaufen ein nötig Ding ist“. Er wusste bereits um die Notwendigkeit des freien Marktes und moderner Arbeitsteilungsprozesse. Er war sensibilisiert in Bezug auf Fragen der Preisbindung, des Vertragsrechtes, des Warenaustausches und des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage. Er war aber auch ein Gegner von Monopolbildungen, bloßem wirtschaftlichen Eigennutz oder rücksichtsloser Übervorteilung der Schwächeren. Mit ihm beginnt insofern ganz zweifellos die lange und ehrwürdige Tradition der protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft!

Calvin hat ja viel mehr als Luther die Bedeutung von fleißiger Arbeit und wirtschaftlichem Erfolg herausgestellt. Hat die calvinistische Ethik die lutherische ersetzt?

Keineswegs. Beide Richtungen sollte man – bei allen theologischen Unterschieden – auch nicht gegeneinander ausspielen. Calvin übernimmt ja vielmehr von Anfang an das lutherische Berufsethos, das im späteren Calvinismus dann sicherlich auf ganz besondere Art und Weise und in einer ausgesprochen eigenständigen und sehr wirkmächtigen Tradition weitergeführt wurde. Aber auch Luther zählt – entgegen den alten, vereinseitigenden Thesen eines Max Weber oder Ernst Troeltsch – längst selbst zu den genuinen „Klassikern der Nationalökonomie“. Gerade mit Blick auf verantwortliches Unternehmertum der Gegenwart kann man hier noch sehr viel lernen.

„Denn dein Verkaufen soll nicht ein Werk sein, das frei in deiner Macht und deinem Willen ohne jedes Gesetz und Maß steht [...]. Sondern weil dein Verkaufen ein Werk ist, das du gegen deinen Nächsten übst, soll es mit solchem Gesetz und Gewissen verfasst sein, dass du es übst ohne Schaden und Nachteil deines Nächsten.“

Martin Luther

KOALITIONSVERHANDLUNGEN

Wie entsteht eine Regierung?

Deutschland hat gewählt und die Parteien sind aufgefordert, eine neue Regierung durch eine Koalition zu bilden. Das Mittelstandsmagazin blickt hinter die Kulissen und erklärt, wie die Koalitionsverhandlungen ablaufen.

Der Wähler hat entschieden, die Ergebnisse der Wahl stehen fest. Und es sieht nach schwierigen Koalitionsverhandlungen aus. Doch bis es so weit ist, müssen erstmal die richtigen Partner gefunden werden. Dies geschieht bei sogenannten „Sondierungsgesprächen". Dort treffen sich die Parteispitzen (die Parteivorsitzenden als Verhandlungsführer, die Generalsekretäre, Fraktionsvorsitzende sowie einige weitere eng an die Vorsitzenden angebundene Repräsentanten), um auszuloten, ob eine gemeinsame Regierungsbildung überhaupt möglich erscheint.

Um die Verhandlungen zu starten, ergreift meist die Partei mit den meisten Stimmen die Initiative – schließlich erhebt sie ja den Anspruch auf die Macht.

Auch in den Sondierungsgesprächen wird schon über konkrete Inhalte gesprochen, vorzugsweise direkt über die „großen Pflöcke", die es einzuschlagen gilt – beispielsweise das Verbot von Verbrennungsmotoren bis zum Jahr 2030. Dieses Vorgehen ist sinnvoll: Kann man sich nämlich schon bei den prominenten Themen nicht einigen, dann rückt aller Wahrscheinlichkeit nach eine gemeinsame

Foto: Andreas Gruhl/stock.adobe.com

politische Zielsetzung in weite Ferne. Der passende Koalitionspartner ist noch nicht gefunden – die Gespräche sind geplatzt.

Verlaufen die Sondierungsgespräche aber positiv, dann empfehlen die Verhandlungsgruppen ihren jeweiligen Parteien, mit den anderen Koalitionsverhandlungen zu beginnen. Bei der CDU und CSU entscheiden das üblicherweise die Parteivorstände, bei anderen Parteien muss schon mal ein Parteitag darüber befinden. Dann beginnen die Wunschpartner mit den Koalitionsverhandlungen. Hier wird es konkret. Es werden zunächst Arbeitsgruppen gebildet, die in der Regel auf Sachgebiete fokussiert sind (meist nach dem Zuschnitt der Bundesministerien) – etwa Arbeit und Soziales, Finanzen und Haushalt oder Inneres. Die Zusammensetzung der Arbeitsgruppen wird von den jeweiligen Parteiführungen bestimmt. Sie entsenden Fachleute aus Fraktion und Partei, manchmal aber auch fachfremde Politiker, die eher Generalisten sind, aber über besonderes verhandlungstaktisches Geschick verfügen. Dabei treffen sich die Fachgruppen zunächst parteiintern zu Vorgesprächen, um die Verhandlungslinie abzustecken. Danach geht es in die Verhandlungen mit den Fachgruppen der anderen Parteien. Solche Runden dauern zwischen zwei und sechs Stunden.

Die von den Arbeitsgruppen entworfenen Ergebnisse werden in einer großen Hauptgruppe zusammengetragen, die Inhalte für das künftige gemeinsame Regierungsprogramm in einem Koalitionsvertrag festgehalten. Die Punkte, bei denen sich die Facharbeitsgruppen nicht einigen können, werden „strittig gestellt“. Darüber muss die Hauptgruppe sich dann einigen. Gelingt auch dort keine Einigung, werden am Ende meist die Parteivorsitzenden in direkten Verhandlungen versuchen, einen Kompromiss herzustellen. Dann fließt alles zusammen in einen Koalitionsvertrag. Dieser muss dann von den Parteien noch abgesegnet werden. Die CDU hat Anfang Oktober entschieden, erstmals einen Sonderparteitag auszurichten, um die Zustimmung für ein gemeinsames Regierungsprogramm einzuholen. SPD und FDP haben in der Vergangenheit einen anderen Weg gewählt: Sie führten zuletzt Mitgliederbefragungen bzw. Mitgliederabstimmungen durch.

Übrigens:
Über Personalfragen sowie die Verteilung und den Zuschnitt der Ministerien wird tatsächlich erst zum Schluss gesprochen – die Sacharbeit steht im Vordergrund der Koalitionsverhandlungen.

Die Bildung einer neuen Bundesregierung ist nicht an eine Frist gebunden. Das Grundgesetz schreibt nur vor, dass der neue Bundestag spätestens 30 Tage nach der Wahl zu einer ersten konstituierenden Sitzung zusammenkommen muss. Damit endet die Wahlperiode des vorangegangenen Bundestages.

Was passiert, wenn keine regierungsfähige Koalition zustande kommt? Dann könnte die stärkste Fraktion eine so genannte Minderheitsregierung bilden – hierbei sucht sie sich je nach Thema wechselnde Mehrheiten. Das Grundgesetz bietet auch die Möglichkeit von Neuwahlen – etwa wenn die Wahl eines neuen Kanzlers drei Mal an mangelnden Mehrheiten gescheitert ist. Bis zur Wahl eines neuen Kanzlers bleibt die „alte“ Regierung geschäftsführend im Amt (mit eingeschränktem Handlungsspielraum). Eine „regierungslose“ Zeit ist also nicht möglich.

Claudia B. Oberholz
Freie Mitarbeiterin
redaktion@mit-bund.de

AUTOTEST: MERCEDES BENZ VITO TOURER 116 CDI

Schick, flott, geräumig und ein bisschen Retro

Der Vito ist perfekt für Familien – sofern einem der Bordcomputer nicht wichtig ist.

Innen hält der Vito, was das elegante Äußere verspricht: sehr geräumig, die Sitze vorne und hinten bequem – für lange Strecken geeignet. Wir haben sie mit Team und Gepäck auf der Langstrecke (Berlin-Nürnberg) und im Familienbetrieb im Berliner Stadtverkehr getestet. In beiden Fällen waren Fahrer und alle Mitfahrer von Komfort und Geräumigkeit angetan. Die Bänke lassen sich verschieben, falls mal weniger Mitfahrer, dafür mehr Ladung transportiert werden müssen. Der 2,2 Liter-Dieselmotor mit Heckantrieb fährt zügig an und auf der Autobahn auch bequem 190 km/h. Einziges Manko: Der Bordcomputer mit Navi hat Retro-Charakter – kein Touchscreen, Menüführung und optische Darstellung erinnern eher an Anfang der 2000er Jahre als an aktuelle Standards.

Thorsten Alsleben

Fazit

Der Mercedes Vito ist ein flotter, geräumiger und bequemer Transporter, für Familien und Handwerker gleichermaßen geeignet. Der Bordcomputer sollte aber modernisiert werden.

Mittelstandsmagazin-Bewertung

Familien-Faktor:	★★★★★	(5,0)
Komfort-Faktor:	★★★★★	(5,0)
Bedien-Faktor:	★★★☆☆	(3,0)
Spaß-Faktor:	★★★★☆	(4,0)
Wow-Faktor:	★★★★☆	(4,0)
Preis-Leistung:	★★★½☆	(3,5)

Fahrzeugdaten des Testautos (Herstellerangaben)

Motor	**Diesel**
Hubraum	**2.143 cm³**
Leistung	**120 KW (163 PS)**
Abmessungen	**L 5,14 m x B 2,24 x H 1,89**
Leergewicht	**1.985 kg**
Zuladung	**1.115 kg**
Beschleunigung	**11,5 s** (0 – 100 km/h)
Preis	**44.810,64 €** (inkl. vieler Extras und MwSt.) günstigste Motor (65 kw/88 PS) und Ausstattungsvariante: 23.788,10 €

AUTOTEST: ALFA ROMEO GIULIA VELOCE 2.2 210PS AT

Sportlich, schnell und perfekt für Langstrecke

Die neue Sportlimousine von Alfa Romeo eignet sich hervorragend für lange Fahrten auf der Autobahn und spritzige Touren auf der Landstraße.

Sportlich und elegant wirkt der Alfa Romeo Giulia Veloce auf den ersten Blick und hält auch auf der Straße, was der Hersteller verspricht. Die 210 PS mit Heckantrieb machen sich vor allem während langer Fahrten auf der Autobahn oder Landstraße bemerkbar. Der Wagen liegt selbst bei hoher Geschwindigkeit gut auf der Straße und lässt sich angenehm steuern. Im Inneren überzeugt der Wagen auch: Das Design der Innenausstattung wirkt hochwertig und das Armaturenbrett, das sich angenehm bedienen lässt, besteht aus weichen Materialien. Besonders praktisch ist das Rad in der Mitte, mit dem sich die Funktionen des Bordcomputers steuern lassen. Dieser ist mit viel Schnick-Schnack ausgestattet. Sowohl Navi als auch die Verbindung zwischen Auto und Handy sind integriert. Komfortabel sind auch Vordersitze und Rückbank, die erstaunlich viel Platz für die Mitfahrer bieten. Genauso wie der Kofferraum, in dem sich problemlos mehrere Gepäckstücke verstauen lassen.

Katharina-Luise Kittler

Fazit

Der Alfa Romeo Giulia Veloce ist ein eleganter Sportwagen, der sich sehr gut für Kurztrips und längere Fahrten eignet.

Mittelstandsmagazin-Bewertung

Familien-Faktor:	★★★☆☆	(3,0)
Komfort-Faktor:	★★★★★	(5,0)
Bedien-Faktor:	★★★★☆	(4,0)
Spaß-Faktor:	★★★★★	(5,0)
Wow-Faktor:	★★★★★	(5,0)
Preis-Leistung:	★★★★☆	(4,0)

Fahrzeugdaten des Testautos (Herstellerangaben)

Motor	**Diesel**
Hubraum	**2143 cm³ / 4-Zylinder**
Leistung	**154 KW (210 PS)**
Abmessungen	**L 4,64 m x B 1,86 x H 1,44**
Leergewicht	**1.525 kg**
Zuladung	**500 kg**
Beschleunigung	**6,8 s** (0 – 100 km/h)
Preis	**53.570 €** (inkl. vieler Extras und MwSt.) günstigste Ausstattungsvariante: 46.800 €

PRO & CONTRA

Soll Steuergeldverschwendung der Steuerhinterziehung gleichgestellt werden?

In dieser Rubrik lassen wir Mitglieder der MIT zu Wort kommen. Die Beiträge geben ihre persönliche Meinung wieder.

Thomas M. Schmatz (68) ist Bezirksvorsitzender der Mittelstands-Union (MU) München, stellvertretender Landesvorsitzender der MU Bayern und Mitglied im Bundesvorstand der MIT.

Zwei Seiten einer Medaille

PRO

Für ein rechtmäßiges, demokratisches Gemeinwesen sind Steuerhinterziehung und Steuergeldverschwendung zwei Seiten einer Medaille. Sie sollten gleich gewichtet und geahndet werden. Der Bund der Steuerzahler in Bayern hat zu diesem Thema ein Gutachten bei dem Münchener Professor für Straf- und Strafprozessrecht, Bernd Schünemann, in Auftrag gegeben. Darin wird ein neuer Straftatbestand der „Haushaltsuntreue“ vorgeschlagen. Dieser Straftatbestand soll zum einen die vorsätzliche Missachtung der zentralen haushaltsrechtlichen Vorschriften ahnden. Zum anderen soll die Mittelverschwendung bei einem auffälligen Missverhältnis zwischen Anlass und Nutzen unter Strafe gestellt werden. Ein Grund für Steuerverschwendung ist, dass keine Sanktionen zu befürchten sind. Die heutige Gesetzeslage bewirkt, dass verschwenderische Ausgaben – selbst wenn sie unter vorsätzlicher Missachtung des Haushaltsrechts erfolgen – meist straflos bleiben. So wie mit strafrechtlichen Mitteln die Einhaltung des Steuerrechts durchgesetzt wird, muss die Einhaltung des Haushaltsrechts mit ebenso wirksamen Maßnahmen abgesichert werden. Dieser Straftatbestand sollte von einem Bußgeldtatbestand flankiert werden. Bei Anhaltspunkten für eine Steuergeldverschwendung müssen künftig die Staatsanwaltschaften aktiv werden. Mit dieser Verschärfung des Strafrechts können künftig Amtsträger bei grober Steuergeldverschwendung zur Verantwortung gezogen werden. Ebenso sollen dem Bundesrechnungshof, den Rechnungshöfen der Länder sowie den Rechnungsprüfungsämtern gleichwertige Prüfrechte und Prüfpflichten wie die der Finanzverwaltung eingeräumt werden.

Dem Totschlagargument, es würde sich niemand mehr finden, vor diesem Hintergrund politisch aktiv zu werden, muss entschieden entgegengetreten werden. In Deutschland gibt es tausende von Persönlichkeiten, die sich in der Politik ehren- oder hauptamtlich ohne Fehl und Tadel für uns einsetzen.

Geht der Staat zu verschwenderisch mit Steuergeldern um? Immer mehr Projekte von Bund, Ländern und Gemeinden stehen in der Kritik: der neue Berliner Flughafen, der Nürburgring oder die Elbphilharmonie in Hamburg. Kritiker fordern deshalb, dass Steuergeldverschwendung genauso strafrechtlich verfolgt wird wie Steuerhinterziehung. Wir fragen daher zwei unserer Mitglieder nach ihrer Meinung: Soll die Steuergeldverschwendung der Steuerhinterziehung gleichgestellt und somit Straftatbestand werden?

Ihre Meinung zählt

Stimmen Sie mit ab auf der MIT-Webseite! Unter **www.mit-bund.de/mitmachen/umfrage** können Sie Ihre Meinung zum aktuellen Pro und Contra äußern. Über das Abstimmungsergebnis informieren wir im MIT:NEWSLETTER. Sollten Sie diesen noch nicht erhalten, können Sie ihn unter **www.mit-bund.de/newsletter** kostenlos abonnieren.

Mehr Effizienz statt Haftung

CONTRA

Wir ärgern uns alle darüber: öffentliche Bauprojekte, die, wenn sie fertig sind, nicht sinnvoll erscheinen, oder Verwaltungskosten, die wir nicht nachvollziehen können. Steuerverschwendung lautet dann der Vorwurf. Es ist richtig, dass die Staatsausgaben und die Verwendung von Steuergeldern kontrolliert werden. Aber ist der Vorwurf der Steuergeldverschwendung gerechtfertigt? Sollten wir das bestrafen?

Wie der Staat das Geld seiner Bürger ausgibt, wird genau kontrolliert: Haushälter sind zu Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit verpflichtet. Sie werden durch den unabhängigen und verfassungsrechtlich garantierten Bundesrechnungshof und die Rechnungsprüfer der Kommunen und Länder kontrolliert. Alle Haushalte werden veröffentlicht. Würde man Steuergeldverschwendung strafrechtlich verfolgen, müsste der Tatbestand definiert werden. Was wäre Steuergeldverschwendung? Das festzulegen, wäre die größte Schwierigkeit. Ein Projekt wird häufig erst in der Umsetzung teuer. Kostensteigernde Entwicklungen sind meist nicht vorauszusehen. Durch diese Planungsunsicherheit könnte ein politisch Verantwortlicher nicht ohne die Sorge entscheiden, für unerwartete Ausgaben haftbar gemacht zu werden. Nicht zu vergessen sind die vielen kommunalpolitischen Projekte, die von Ehrenamtlichen beschlossen werden. Diese werden sich dann sicherlich nicht mehr freiwillig engagieren. Und wer soll dafür haften, wenn Projekte gemeinschaftlich beschlossen werden?

Wir sollten stattdessen prüfen, wie effizienter gearbeitet werden kann – insbesondere bei Großbauprojekten. So haben die Rechnungshöfe Leitsätze für das Management von Großbauprojekten herausgegeben. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVI) hat einen Aktionsplan Großprojekte erstellt. In diesem Jahr soll zusätzlich der „Leitfaden Großbauprojekte“ vom BMVI veröffentlicht werden. An solche Vorgaben müssen wir uns halten, denn es geht um das Geld unserer Bürger.

Anja Karliczek (46) ist seit 2013 Mitglied des Bundestages und dort im Finanzausschuss und als stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss tätig. Seit 2017 ist sie Parlamentarische Geschäftsführerin der Unionsfraktion.

Die Übernahme von Kinderbetreuungskosten bedeutet gerade für junge Familien eine deutliche Entlastung ihres Haushaltsbudgets. Was dabei zu beachten ist, erklärt MIT-Bundesschatzmeister Hermann Hesse in seiner Kolumne. In loser Folge schreibt er, welche Zusatzleistungen sich lohnen und was steuerlich zu beachten ist. In dieser Ausgabe: Kinderbetreuungskosten

KOLUMNE: TEIL 4

Mehr Netto vom Brutto

Gebühren für die Unterbringung, Verpflegung und Betreuung von Kindern können vom Arbeitgeber steuer- und sozialversicherungsfrei ersetzt werden. Dies gilt allerdings ausschließlich für nicht schulpflichtige Kinder. Ab wann und wie lange Kinder schulpflichtig sind, ist von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich. Die Kinderbetreuung muss von einem Kindergarten oder einer vergleichbaren Einrichtung (zum Beispiel Kinderkrippe, Schulkindergarten, Kindertagesstätte, Tagesmutter oder Ganztagespflegestelle) erbracht werden. Unerheblich ist dabei, ob es sich um eine betriebliche, kommunale, kirchliche oder private Einrichtung handelt. Die alleinige Betreuung im Haushalt des Arbeitnehmers durch Familienangehörige oder andere Personen erfüllt diese Voraussetzung nicht. Die tatsächlichen Kosten müssen vom Arbeitnehmer nachgewiesen werden.

Eine weitere Voraussetzung für die Steuerfreiheit der Zuschüsse ist, dass sie zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn erbracht werden. Eine Gehaltsumwandlung ist ausgeschlossen. Möglich ist aber die Umwandlung von freiwilligen Sonderzahlungen (Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld) oder die Erstattung der Betreuungskosten statt einer Gehaltserhöhung. Obwohl der Zuschuss vom Arbeitgeber in voller Höhe als Betriebsausgabe abgesetzt werden kann, wird dieses flexible und kostengünstige Instrument leider selten genutzt.

Auch Zuschüsse für die Betreuung schulpflichtiger Kinder können als Betriebsausgabe abgesetzt werden, sind aber beim Mitarbeiter steuer- und sozialversicherungspflichtig. Dieses Instrument bietet sich an, wenn keine dauerhafte Entgelterhöhung vorgesehen ist.

Rechtlicher Hinweis: Autor und Redaktion übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit der vorstehenden Hinweise; ebenso ersetzen die Ausführungen keine steuerliche Beratung.

Foto: Jeanette Dietl/stock.adobe.com

Ich bin neu in der MIT, weil...

Die MIT ist mit mehr als 25.000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. In unserer Vereinigung ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. Jeden Monat treten rund 90 Neumitglieder in die MIT ein. In dieser Rubrik stellen wir mit jeder Ausgabe drei unserer Neumitglieder vor. Mehr Infos zur Mitgliedschaft: ***www.mit-bund.de/mitgliedschaft***

Christian Broer

Abteilungsleiter,
MIT Hannover-Land

„Ich bin in der MIT, weil auch die leistungsstarke Mitte unserer Gesellschaft eine starke Lobby braucht."

Christian Broer (40) ist seit 2012 bei der Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. beschäftigt. Nach dem Maschinenbau-Studium an der Leibniz Universität Hannover war der Diplomingenieur zunächst bei Hamburg für die Jenoptik AG in der Produktentwicklung tätig.
Am Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik verantwortet er nun anwendungsorientierte Forschungsprojekte mit Fokus auf Antriebsstränge von Windenergieanlagen. Diese Aufgabe schließt auch Aufbau und Nutzung großmaßstäblicher Versuchseinrichtungen mit ein. Ob Kunde oder Fördermittelgeber: Ziel ist es, die gesellschaftlichen Kosten der Energiewende mit technischen Lösungen im Griff zu behalten.

Christoph Mönnich

Referent,
MIT Berlin-Reinickendorf

„Ich bin in der MIT, weil Deutschland für Freiheit und Wohlstand auf die Soziale Marktwirtschaft angewiesen ist."

Christoph Mönnich (42) ist Referent im Bundesministerium der Finanzen in Berlin. Der Jurist und Diplom-Kaufmann arbeitete dort als Dozent für Steuerrecht, war im Ministerbüro von Wolfgang Schäuble tätig und ist derzeit in der Steuerabteilung im Bereich Lohnsteuer eingesetzt. Er schätzt die vielfältigen Aufgaben, etwa die Zusammenarbeit mit dem Finanzausschuss im Bundestag. Neben der Arbeit und seiner Familie mit drei Kindern engagiert er sich in der evangelischen Kirche und ist Mitglied im Gemeindekirchenrat. Er hat zwei nicht ganz alltägliche Hobbies: Um die Bibel im Original lesen zu können, beschäftigt er sich mit Altgriechisch und Althebräisch. Zudem lernt er mit seinen Kindern ein Blasinstrument im Kirchen-Posaunenchor – als einziger Erwachsener unter lauter Kindern.

Michael von Foerster

Hauptgeschäftsführer,
MIT Berlin-Steglitz-Zehlendorf

„Ich bin in der MIT, weil mittelständische Betriebe die beste Garantie gegen Krisen sind."

Michael von Foerster ist Hauptgeschäftsführer des Verbands der deutschen Rauchtabakindustrie (VdR). Er kam als Leiter des Berliner Büros für Regierungs- und Öffentlichkeitskontakte der Bosch Sicherheitssysteme zum VdR. Davor war der 50-jährige Volljurist beim Startup L1 Identity Solutions AG als Leiter Human Ressources und Public Affairs tätig. Seine Berufslaufbahn begann er bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und setzte sie als Mitglied der Geschäftsführung bei den Unternehmensverbänden im Land Bremen fort. Das Spannungsfeld zwischen Wirtschaft und Politik hat ihn immer gereizt. Neben seiner Tätigkeit beim VdR steht die Familie an erster Stelle. Zudem geht von Foerster in seiner Freizeit gerne Skifahren und Golf spielen.

Bundesmittelstandstag 2017: So viele Highlights wie nie

#BMT17

Unter dem Motto „Mehr Markt Wirtschaft" fand der 13. Bundesmittelstandstag am 1. und 2. September in Nürnberg statt und war ein MIT-Event der Superlative. Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer und die bayerischen Minister Joachim Herrmann und Markus Söder waren zu Gast. Außerdem beschlossen die Delegierten den Leitantrag mit wichtigen Impulsen für die künftige Regierungsarbeit. Zudem gab sich die MIT erstmals in ihrer Geschichte ein Grundsatzprogramm.

MIT-Schatzmeister Hermann Hesse (l.) schaut sich die Bagger-Fahrkünste des NRW-Verkehrsministers Hendrik Wüst an.

Bundeskanzlerin Angela Merkel übte auf dem Bundesmittelstandstag scharfe Kritik am türkischen Präsidenten Erdogan und erhielt dafür viel Beifall

Nach Tag eins des Bundesmittelstandstags feierten die Delegierten und Gäste auf dem Fränkischen Abend

Merkel, Seehofer, Söder und Herrmann zu Gast

Die CDU-Vorsitzende, Bundeskanzlerin Angela Merkel, nutzte ihren Auftritt vor den rund 600 Delegierten und Gästen des Bundesmittelstandstags (BMT), um den Ton im Wahlkampf gegenüber der SPD zu verschärfen. Sie warf den Sozialdemokraten vor, in einer „Neid-Diskussion" gefangen zu sein, denn in finanziell guten Zeiten wolle die SPD die Leistungsträger unserer Gesellschaft mit Steuererhöhungen bestrafen. „Wir reden nicht nur über das Verteilen, sondern über das Erarbeiten", sagte die Kanzlerin und erntete damit viel Beifall. Die CDU-Vorsitzende richtete den Blick in ihrer Rede auch auf den Mittelstand und sagte, dass „Made in Germany" weiterhin für Weltklasse stehen soll. Außerdem bedankte Merkel sich bei der MIT für den Anstoß zur Flexi-Rente und bekam auch für ihre Forderung, den Solidaritätszuschlag zügig abzuschaffen, viel Zustimmung.

Auf den Soli ging auch Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer ein. Nach jahrzehntelanger Unterstützung müsse der Soli in der nächsten Legislaturperiode abgeschafft werden. Der CSU-Vorsitzende äußerte sich auch zum Diesel-Skandal: „Die Wirtschaft ist Partner, kein Feind. Ich warne vor einer Kampagne gegen die Autoindustrie", sagte Seehofer und plädierte damit für mehr Sachlichkeit in der Diskussion. Mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen im Herbst sagte er: „Wir können nicht mit einer Partei zusammen regieren, die die Einführung oder Erhöhung von Substanzsteuern zu einem wesentlichen Programmpunkt macht."

In Nürnberg durften sich die Delegierten und Gäste auch auf die Auftritte von Bayerns Finanzminister Markus Söder und dem CSU-Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl, Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, freuen. Söder eröffnete den Fränkischen Abend, der nach dem offiziellen Teil des BMT stattfand. Am nächsten Tag sprach sich Innenminister Joachim Herrmann in seiner Rede passend zum Initiativantrag des MIT-Bundesvorstands gegen Fahrverbote und für Technologieoffenheit aus.

Beschlossen: Leitantrag, Grundsatzprogramm und Diesel-Position

Im einstimmig beschlossenen Leitantrag widmet sich die MIT den sieben größten wirtschaftspolitischen Herausforderungen, denen sich die nächste Bundesregierung stellen muss. Darunter fallen zum Beispiel Forderungen nach einer fairen Besteuerung von Bürgern und Unternehmen mit deutlichen Steuersenkungen, eine Modernisierung des Arbeitsmarkts und eine marktwirtschaftliche Neuausrichtung der Energie- und Klimapolitik. Außerdem will die MIT Deutschland zur „Digitalrepublik Nummer 1“ in Europa entwickeln und präsentiert konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau und zur Effizienzsteigerung der öffentlichen Verwaltung.

Die Delegierten unterstützen einen Antrag des Bundesvorstands gegen Dieselfahrverbote und gegen Vorgaben für bestimmte Antriebe. Die Zukunft der Antriebstechniken sollte zukünftig auf Grundlage objektiver wissenschaftlicher Erkenntnisse diskutiert werden. „Wir wollen ein Zeichen gegen die Hysterie im Streit um den Diesel setzen“, sagt Carsten Linnemann, MIT-Bundesvorsitzender. Die MIT plädiert gegen Zwangsquoten für E-Autos und für Technologieoffenheit bei der Entwicklung umweltfreundlicher Antriebstechniken und stützt sich auf die Innovationskraft des Wettbewerbs. „Ein Verbot des Verbrennungsmotors wäre nicht nur planwirtschaftliche Willkür, sondern auch eine umweltpolitische Dummheit“, sagt Linnemann. Die MIT mahnt die Autoindustrie allerdings auch sehr deutlich, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen.

Erstmals in ihrer Geschichte gab sich die MIT auf dem BMT ein Grundsatzprogramm. Das rund 50 Seiten starke Werk erarbeitete die Grundsatzprogramm-Kommission unter Leitung von Carsten Linnemann und Thomas Köster. Während der vergangenen drei Jahre konnten sich alle MIT-Mitglieder an dem Prozess beteiligen und das Programm mitgestalten. Unter dem Titel „Der Kompass – Soziale Marktwirtschaft für das 21. Jahrhundert“ fasst das Programm die Werte und Ziele der MIT zusammen.

Gute Stimmung zwischen CSU und CDU: Die Tagungspräsidenten Katrin Albsteiger und Jens Spahn

Carsten Linnemann mit den drei neuen MIT-Ehrenmitgliedern Dieter Bischoff, Winfried Pinger und Jürgen Presser

Der neue Bundesvorstand

Carsten Linnemann führt die MIT auch weiterhin als Bundesvorsitzender an. Der Volkswirt und Bundestagsabgeordnete erhielt 99,7 Prozent der Delegiertenstimmen. In seinem Bericht warb Linnemann dafür, dass die Politik „wieder diejenigen in den Blick nimmt, die mit ihren Steuern und ihrer Leistung den Sozialstaat erst möglich machen“. Außerdem freue er sich, dass die Union die zentrale MIT-Forderung nach einer Steuerstrukturreform in ihr Regierungsprogramm aufgenommen habe.

Mit Matthias Heider, Rolf Koschorrek, Patricia Lips, Michael Littig, Hans Michelbach und Dorin Müthel-Brenncke stehen Linnemann sechs Stellvertreter zur Seite. Als Schatzmeister wurde Hermann Hesse wiedergewählt. Die Beisitzer: Henning Aretz, Gerald Aßmann, Rolf Buttkus, Michael Darda, Marie-Luise Dött, Heinz-Josef Drießen, Peter Erl, Norbert Eyck, Christoph Fay, Albrecht Geier, Sarah Gillen, Josef Gochermann, Peter Götz, Bernhard Kösslinger, Johannes Kraft, Jochen Leinert, Wolfgang Leyendecker, Werner Lübbe, Peter Luths, Thomas Melchert, Jörg Meurer, Norbert Müller, David Novak, Helmut Nowak, Steffen Peschke, Harald Pohlmann, Alexander Prox, Sybille Reimschüssel, Margarete Reiser, Günter Reisner, Volker Rode, Thomas Schmatz, Sven Schulze, Philipp Steinwärder und Oliver Zander.

EU-Check

Irrwitzige Verordnung oder sinnvolle Richtlinie? In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben

Schutz gegen ausländische Firmenübernahmen

Die EU-Kommission hat neue Vorschläge präsentiert, die ein wirksameres Vorgehen gegen ausländische Übernahmen in strategisch wichtigen Sektoren – wie Infrastruktur und kritische Technologien – ermöglichen. Die Mitgliedstaaten haben weiterhin freie Hand, eine Kontrolle („Screening") bei ausländischen Beteiligungen (Direktinvestitionen) einzuführen. Die international unterschiedlichen Prüfungen sollen jedoch vereinheitlicht werden. Der Vorschlag stellt ein Gegengewicht zur expansiven Einkaufstour ausländischer Staatsunternehmen dar. Somit muss der Vorschlag auch nicht als Protektionismus verstanden werden, sondern als Versuch, einen fairen Wettbewerb herzustellen. Denn viele europäische Unternehmen sind bei Investitionen in gewissen Staaten wie China erheblichen Restriktionen ausgesetzt.

Euro für alle

In der viel beachteten Grundsatzrede zur Lage der Union hat sich Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker für die Einführung des Euro in allen EU-Mitgliedstaaten ausgesprochen. Zwar ist es grundsätzlich zu begrüßen, dass Juncker dem EU-Integrationsprozess neuen Wind bringen möchte. Dennoch darf es kein zweites Griechenland geben. Für den Beitritt zum Euro gibt es klar definierte Regeln – die Maastricht-Kriterien. Diese müssen zuerst erfüllt werden. Viele der aktuellen Länder außerhalb der Eurozone würden mit dem Verlust des Abwertungsmechanismus in wirtschaftliche Turbulenzen geraten. Schlimmstenfalls würden nationale Schwierigkeiten die Gefährdung der ganzen Währungsunion bedeuten. Daher ist es zu begrüßen, dass Herr Juncker nachschob, er habe nicht die Absicht, Länder in den Euro zu zwingen, die nicht in den Euro wollen oder können.

Die Jury

Markus Ferber (CSU) und Dr. Markus Pieper (CDU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe

PKMEurope
der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

MIT-Bundesgeschäftsstelle

Neuer Politischer Referent

Mit Patrick Todt hat das Bundesgeschäftsstellen-Team der MIT Verstärkung erhalten. Der 30-Jährige arbeitet seit dem 1. September als Politischer Referent bei der MIT. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Steuern und Finanzen sowie Arbeit und Soziales. Außerdem betreut er die Themen Innere Sicherheit und Integration.

Todt studierte deutsche und internationale Rechtswissenschaften, Anglistik, Geschichte, Klassische Philologie, Philosophie, Ökonomische Theorie sowie Politische Theorie und Ideengeschichte in Deutschland, Großbritannien, der Schweiz und den USA. Dabei wurde er unter anderem durch die Studienstiftung des deutschen Volkes, die Stiftung der Deutschen Wirtschaft und die Konrad-Adenauer-Stiftung gefördert. Als Dozent lehrte er Europapolitik, Internationale Beziehungen und Wirtschaftsphilosophie an den Universitäten Freiburg, Cambridge und Bonn. Parallel zu seiner Tätigkeit bei der MIT führt Todt sein in Bonn und Chicago begonnenes Promotionsstudium an der Schnittstelle von Ökonomischer Theorie und Philosophie zu Ende.

Euro-Zone

Eurozonen-Erweiterung wäre falscher Weg

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat mit seinem Vorstoß für einen „Euro für alle" für reichlich Irritationen gesorgt. „Eine Erweiterung der Euro-Zone würde den Weg in eine Transfer- und Schuldenunion weiter beschleunigen", meint MIT-Vorsitzender Carsten Linnemann. Statt mit einer Erweiterung die Fehler der Vergangenheit zu zementieren, sollten erst einmal die bestehenden Regeln durchgesetzt werden. MIT-Vize Hans Michelbach warnte ebenso vor Schnellschüssen: „Wir müssen die Eurozone zunächst einmal stärker stabilisieren", sagte er. Wer in den Euro wolle, müsse die Kriterien erfüllen. „Da darf es gerade nach den Erfahrungen mit Griechenland keinen politischen Rabatt geben."

Neuer MIT-Bilanz-Flyer

Erfolge für den Mittelstand

Die Große Koalition war ordnungspolitisch und aus Sicht des Mittelstands sicher keine einfache Regierung. Dennoch haben CDU und CSU in der vergangenen Legislatur einige wichtige Erfolge gegen die SPD durchsetzen können – an manchen Stellen nur aufgrund der Ideen und des Drucks der MIT. Als Infomaterial für die Arbeit der MIT vor Ort hat die Bundesgeschäftsstelle einen Bilanz-Flyer erstellt. Der Flyer greift die wichtigsten MIT-Erfolge für den Mittelstand von 2013 bis 2017 auf: von der „Schwarzen Null" über die Flexi-Rente bis zur Handwerker-Gewährleistung. Die Erfolge in Kürze:

FLEXI-RENTE

Die MIT konnte die Flexi-Rente als Gegenmodell zur Rente mit 63 durchsetzen: ein wichtiges Signal, dass Arbeit im Alter attraktiv sein kann. Seit Juli 2014 können Rentner auf ihren Wunsch mit Zustimmung des Arbeitgebers befristet weiter arbeiten – bei vollem Rentenbezug. Seit 2017 müssen Arbeitgeber für beschäftigte Rentner zudem keinen Arbeitslosenbeitrag mehr abführen. Wer freiwillig länger arbeitet, erhält mehr Geld.

ABSCHAFFUNG DER KALTEN PROGRESSION

Die MIT hat mit der „Steuerbremse" eine breit angelegte Aktion gegen die kalte Progression gestartet. In Folge des von uns durchgesetzten Parteitagsbeschlusses schlägt das Bundesfinanzministerium eine Anpassung der Steuersätze an die Inflationsrate vor, sodass 2016, 2017 und geplant auch 2018 die Steuerzahler entsprechend entlastet werden.

BESSERE STARTUP-FINANZIERUNG

Investoren können beim Erwerb von Startup-Anteilen seit 2016 die Verlustvorträge steuerlich geltend machen. Damit wurde ein wichtiger Standortnachteil beseitigt.

SCHUTZ VOR INSOLVENZANFECHTUNG

Mit der Reform des Insolvenzanfechtungsrechts schützen wir Unternehmen davor, mit fragwürdigen Rückforderungen aus zum Teil lange zurückliegenden Vorgängen konfrontiert zu werden.

HANDWERKER-GEWÄHRLEISTUNG

Wir schützen ab 2018 Handwerker und Bauunternehmer vor der Haftungsfalle, die bis dato beim Einbau eines unerkannt mangelhaften Produkts zuschnappen konnte. Künftig muss der Verkäufer des fehlerhaften Produkts die Ein- und Ausbaukosten ersetzen.

MEHR MARKT IM EEG

Wir haben die Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien von staatlich festgelegten Prämien in einigen Bereichen auf wettbewerbliche Ausschreibungsverfahren umgestellt. Dadurch können erstmals Offshore-Windkraftanlagen ohne jede Subvention betrieben werden. Zudem haben wir den Offshore-Ausbau zeitlich gestreckt.

GWG-ABSCHREIBUNGSERLEICHTERUNG

Mit der beschlossenen Ausweitung der Absetzbarkeit geringwertiger Wirtschaftsgüter (GWG) auf pauschal 800 Euro ab 2018 ersparen wir dem Mittelstand großen Aufwand in der Bürokratie. Nun können Anschaffungen schneller steuerlich geltend gemacht werden.

Zudem enthält der Flyer die wichtigsten Ziele der MIT für die neue Legislaturperiode. Mitglieder können den Flyer im MIT:SHOP (www.mit-shop.de; Anmeldung erforderlich) bestellen.

Meisterbrief: Wiedereinführung wäre EU-konform

Die Wiedereinführung der Meisterpflicht für Handwerksberufe wäre europarechtlich zulässig. Das geht aus einem Gutachten des Deutschen Bundestags hervor. Danach stünde einer Wiedereinführung nichts im Wege, da sie gegen keine der möglicherweise einschlägigen EU-Richtlinien verstößt und insbesondere keinen Eingriff in die Niederlassungsfreiheit darstellt. Die Abschaffung der Meisterpflicht in 53 Berufen hat zu einem dramatischen Einbruch bei der Ausbildung in diesen Branchen geführt. Die CDU hat die MIT-Forderung zur EU-konformen Wiedereinführung als Prüfauftrag in ihr Regierungsprogramm aufgenommen.

Handwerk

MIT-Abgeordnete überzeugen

Die Bundestagsabgeordneten im MIT-Präsidium haben allesamt ihre Wahlkreise direkt gewonnen. MIT-Chef Carsten Linnemann hat in Paderborn mit 53,3 Prozent das beste Erststimmen-Ergebnis in Nordrhein-Westfalen und das fünftbeste bundesweit erreicht. Der neue stellvertretende MIT-Bundesvorsitzende Matthias Heider gewann seinen Wahlkreis Olpe/Märkischer Kreis (NRW) mit 47,9 Prozent. Der aus Bayern stammende MIT-Vizevorsitzende Hans Michelbach holte seinen Wahlkreis Coburg mit 45,3 Prozent. Die stellvertretende Vorsitzende Patricia Lips aus Rödermark (Hessen) zieht mit 36,1 Prozent wieder in den Bundestag ein. Der Vorsitzende des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian von Stetten, gewann seinen Wahlkreis Schwäbisch Hall – Hohenlohe (Baden-Württemberg) mit 40,5 Prozent. Der bislang als Gastmitglied dem MIT-Präsidium angehörende Jens Spahn gewann seinen Wahlkreis Steinfurt I – Borken I (NRW) mit 51,2 Prozent und konnte dabei gegen den Trend sein Erststimmenergebnis der letzten Bundestagswahl (52 Prozent) fast halten. Im erweiterten Bundesvorstand ist außerdem die Abgeordnete Marie-Luise Dött über die NRW-Landesliste erneut in den Bundestag eingezogen.

Bundestagswahl

MIT beim JU-Deutschlandtag

Die MIT war erstmals mit einem eigenen Stand auf dem Deutschlandtag der Jungen Union (JU) in Dresden präsent. Viel Aufmerksamkeit erreichte die „Demokratiesäule“ der MIT: An jedem der drei Tage konnten die JU-Delegierten und Gäste über eine neue politische Frage abstimmen. So sprach sich jeweils eine Mehrheit dafür aus, dass die Union das Innenministerium übernehmen und in eine „Jamaika“-Koalition gehen soll. Das Top-Thema der neuen Bundesregierung aus JU-Sicht ist die Digitalisierung (vor Innerer Sicherheit). Auch prominente Gäste wie EU-Kommissar Günther Oettinger (Foto), Saarlands Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer und JU-Chef Paul Ziemiak machten mit. Am Gewinnspiel – zu gewinnen gab es eine Schiffstour und ein Abendessen mit Carsten Linnemann in Berlin – nahmen rund 400 Gäste teil, die nun auch den MIT:NEWSLETTER erhalten. Zudem warb das Team der Bundesgeschäftsstelle, das von einigen ehrenamtlichen Helfern der MIT Hessen unterstützt wurde, erfolgreich um Neumitglieder.

JU-Deutschlandtag

Breitbandausbau

Telekom-Aktienverkauf rückt näher

Der Breitbandausbau ist für viele Unternehmen überlebenswichtig. Nach der Bundestagswahl könnte der Ausbau des schnellen Internets nun schneller voranschreiten. Mit den möglichen Regierungspartnern FDP und Grüne sei dies wahrscheinlich geworden, sagte MIT-Chef Carsten Linnemann der Frankfurter Allgemeinen Woche. Der Staat hält noch immer 14,5 Prozent direkt und mittels der staatlichen Förderbank KfW weitere 17,4 Prozent an der Telekom. Linnemann: „Mit einer klugen Verkaufsstrategie kann der Bund für die Telekom-Aktien weit mehr als zehn Milliarden Euro erlösen. Dieses Geld brauchen wir dringend für den Glasfaserausbau.“ Vielen Politikern in Bund, Ländern und Gemeinden sei erst viel zu spät bewusst geworden, wie wichtig ein schneller Glasfaserausbau ist. „Bis vor einigen Jahren war in Politik und Verwaltung nur wenigen Spezialisten klar, dass ohne schnelle Breitbandverbindungen viele Unternehmen nicht mehr am Markt tätig werden können.“

Wahlumfragen

INSA mit genauster Prognose

Das Umfrageinstitut INSA lag am dichtesten am Ergebnis der Bundestagswahl. Das Institut, das von MIT-Mitglied Hermann Binkert geführt wird, sagte für die Union ein Ergebnis von 34 Prozent voraus und lag damit nur einen Prozentpunkt vor dem tatsächlichen Ergebnis von 33 Prozent. Auch bei den anderen Parteien sagte INSA das Wahlergebnis fast richtig voraus: 21,5 Prozent gab das Institut für die SPD an, die tatsächlich 20,5 Prozent erreichte. Bei den Ergebnissen der kleineren Parteien lag INSA in vielen Fällen auch sehr dicht am realen Ergebnis. Andere Institute, wie Infratest dimap, lagen bei ihren Prognosen teilweise weit über dem tatsächlichen Wahlergebnis. Für die Union sagte das Institut etwa 37,0 Prozent voraus.

Prognosen in %

	Allensb.	Emnid	Forsa	Forsch'gr. Wahlen	GMS	Infratest dimap	INSA	ERGEBNIS
CDU/CSU	36,5	35	36	36	37	37	**34**	**32,9**
SPD	22	22	22	21,5	22	20	**21**	**20,5**
Grüne	**8**	**8**	7	**8**	**8**	7,5	**8**	**8,9**
FDP	11	9	9,5	10	9	9,5	**9**	**10,7**
Linke	9	**10**	9,5	8,5	9	9	11	**9,2**
AfD	10	11	11	11	10	12	**13**	**12,6**
Sonstige	3,5	**5**	**5**	**5**	**5**	**5**	4	**5,0**

Quelle: wahlrecht.de

Fotos: Thomas Reimer/stock.adobe.com, dpa

LEXWARE
REINSCLASSEN
Meine Buchhaltung
macht sich von allein!
lexoffice
just smile
Und mein Team hat Spaß am Job.
Dank automatisierter Funktionen läuft Ihre Buchhaltung ab jetzt wie von selbst. Sie haben auch online alles im Griff und sind mobil vernetzt: mit Bank, Finanzamt und Steuerberater. Das spart Zeit und bringt Sie auch bei Ihren Finanzen zum Lächeln: www.lexoffice.de